

STADTWEHR

Landkreis Waldshut

RECHENSCHAFTSBERICHT für das Rechnungsjahr 2014

(01. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014)

Einwohnerzahl nach der Volkszählung

vom 13. Sept.	1950	4.974
vom 06. Juni	1961	7.413
vom 27. Mai	1970	8.537
vom 25. Mai	1987	11.931
vom 09. Mai	2011	12.579

Einwohnerzahl nach der Fortschreibung

am 30. Juni	2013 (Basis Volkszählung 2011)	12.641
am 30. Juni	2014 (Basis Volkszählung 2011)	12.622

Gemarkungsfläche	3.568 ha
------------------	----------

Finanzausgleich 2014 (in EUR)

Steuerkraftmesszahl	10.619.488
Bedarfsmesszahl	16.211.625
Steuerkraftsumme	13.666.200

Inhaltsverzeichnis

Stadt

Feststellungsbeschluss.....	3
Vorbericht.....	4
Grafischer Teil.....	31
Haushaltsrechnung für den Verwaltungshaushalt.....	41
Vermögenshaushalt.....	129
Haushaltsrechnung für das Sachbuch für haushaltsfremde Vorgänge.....	191
Kassenmäßiger Abschluss	195
Rechnungsquerschnitt	196
Gruppierungsübersicht.....	202
Vermögensrechnung - Bilanz -	209

Wasserwerk

Feststellungsbeschluss.....	219
Vorbericht.....	221
Gewinn- und Verlustrechnung.....	227
Bilanz	228
Anlagenachweis.....	230

FESTSTELLUNGSBESCHLUSS GEM. § 95 ABS. 2 **GEMEINDEORDNUNG**

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der Haushaltswirtschaft 2014 und beschließt:

- I. Die Ergebnisse des Haushaltsjahres 2014 werden gemäß § 95 Abs. 2 GemO wie folgt festgestellt:

	<u>Verwaltungs- haushalt</u>	<u>Vermögens- haushalt</u>	<u>Gesamthaushalt</u>
1. Soll-Einnahmen	30.774.484,07 €	4.999.931,34 €	35.774.415,41 €
2. Neue Haushaltseinnahmereste	0,00 €	1.667.935,00 €	1.667.935,00 €
3. Zwischensumme	30.774.484,07 €	6.667.866,34 €	37.442.350,41 €
4. Ab: Haushaltseinnahmereste v. Vorj.	0,00 €	377.500,00 €	377.500,00 €
5. Bereinigte Soll-Einnahmen	30.774.484,07 €	6.290.366,34 €	37.064.850,41 €
6. Soll-Ausgaben	30.543.584,07 €	6.067.466,10 €	36.611.050,17 €
7. Neue Haushaltsausgabereste	1.269.700,00 €	2.551.469,16 €	3.821.169,16 €
8. Zwischensumme	31.813.284,07 €	8.618.935,26 €	40.432.219,33 €
9. Ab: Haushaltsausgabereste v. Vorj.	1.038.800,00 €	2.328.568,92 €	3.367.368,92 €
10. Bereinigte Soll-Ausgaben	30.774.484,07 €	6.290.366,34 €	37.064.850,41 €
11. Differenz 10./.5 (Fehlbetrag)	0,00 €	0,00 €	0,00 €

Nachrichtlich:

12. Abgänge an			
12.1 Haushaltseinnahmereste	0,00 €	67.500,00 €	67.500,00 €
12.2 Haushaltsausgabereste	14.055,91 €	70.202,67 €	84.258,58 €
13. Überschuss nach § 41 Abs. 3			
Satz 2 GemHVO		0,00 €	0,00 €
14. Fehlbetrag nach § 84 ABS. 2 GemO (vgl. § 23 Satz 2 GemHVO)	0,00 €	0,00 €	0,00 €

- | | <u>01.01.2014</u> | <u>31.12.2014</u> |
|--|-------------------|-------------------|
| II. Stand des Vermögens | 66.095.710,90 € | 69.378.265,92 € |
| Stand der Schulden | 5.648.630,09 € | 5.356.889,33 € |
| III. Die im Haushaltsjahr 2014 entstandenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben werden genehmigt, sofern durch Einzelbeschlüsse nicht schon geschehen. | | |
| IV. Gemäß § 19 Abs. 2 und § 41 Abs. 2 GemHVO wurden folgende Haushaltsreste in das Haushaltsjahr 2015 übertragen: | | |
| Haushaltsausgabereste Verwaltungshaushalt | 1.269.700,00 € | |
| Haushaltseinnahmereste Vermögenshaushalt | 1.667.935,00 € | |
| Haushaltsausgabereste Vermögenshaushalt | 2.551.469,16 € | |
| V. Der Beschluss über die Feststellung der Jahresrechnung ist gemäß § 95 b Abs. 2 der Gemeindeordnung der Rechtsaufsichtsbehörde mitzuteilen und ortsüblich bekannt zu geben. Gleichzeitig ist die Jahresrechnung an sieben Tagen öffentlich auszulegen. | | |

Wehr, den

Der Gemeinderat

Michael Thater
Bürgermeister

RECHENSCHAFTSBERICHT ZUR JAHRESRECHNUNG 2014

DER STADT WEHR

Die Gemeindeorgane

Michael Thater

Hauptamtlicher Bürgermeister
(Wahl am 24.02.2002)
Amtszeit ab 09.04.2002
Wiederwahl am 28.02.2010

Stellvertreter des Bürgermeisters im Jahr 2014:

1. Stadtrat Paul Erhart (ehrenamtlich)
2. Stadtrat Eugen Mulflur (ehrenamtlich)

Der Gemeinderat setzt sich im Jahr 2014 wie folgt zusammen:

bis 24.06.2014		ab 24.06.2014	
Ernst Jürgen	GRÜNE	Arnold Claudia	GRÜNE
Felber Hans-Peter	FWV	Bauer Michael	CDU
Gallmann Karin	SPD	Doria Vito	GRÜNE
Griener Siegfried	CDU	Eckert Christoph	CDU
Jeck Gregor	FWV	Erhart Paul	CDU
Kaiser Karin	SPD	Felber Hans-Peter	FWV
Kladisch Susanne	SPD	Gallmann Karin	SPD
Knausenberger Gerhart	SPD	Griener Siegfried	CDU
Kownatzki Michael	CDU	Hierholzer Günter	CDU
Kramer-Rempe Sabine	FWV	Jeck Gregor	FWV
Leber Rita	FWV	Kladisch Susanne	SPD
Leber Ulrike	CDU	Kramer-Rempe Sabine	FWV
Mattes Bernd	FWV	Meier Wolfgang	REP
Meier Wolfgang	REP	Meyer Martina	FWV
Meyer Martina	FWV	Mulflur Eugen	FWV
Mulflur Eugen	FWV	Reichert Gerhard	SPD
Mulflur Johannes	CDU	Schmidt Christoph	FWV
Nehls Eric	CDU	Steinebrunner Helmut	CDU
Richter Doris	GRÜNE	Stockmar Bernhard	CDU
Schmidt Christoph	FWV	Wenk Kurt	SPD
Schuberth Gerhard	CDU		
Steinebrunner Helmut	FDP		
Stockmar Bernhard	CDU		
Sutter Klaus	FDP		

Es bestehen folgende beschließende Ausschüsse:

1. Bau- und Umweltausschuss
2. Umlegungsausschuss
3. Verwaltungs- und Finanzausschuss

Mit Aufgaben des Kassen- und Rechnungswesens beauftragte Bedienstete

- | | |
|---|-------------------------------------|
| 1. Fachbediensteter für das Finanzwesen
und Kassenaufsichtsbeamter | Erich Götz, Stadtoberverwaltungsrat |
| 2. Kassenverwalterin | Martina Eckert, Verw. Angestellte |

Angaben zum Rechnungsvermerk

1. Neben der Jahresrechnung der Stadt Wehr werden folgende Sonderrechnungen geführt:

- Wasserwerk Wehr (Eigenbetrieb)
- Bürgerstiftung Wehr (öffentlich-rechtliche Stiftung)

2. Rechnungsprüfungen

Die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg hat von Juni bis September 2010 im Rahmen einer allgemeinen überörtlichen Finanzprüfung die Jahresrechnungen 2005-2009 geprüft. Der Gemeinderat wurde in der Gemeinderatssitzung vom 26.07.2011 über die wesentlichen Inhalte des Prüfberichts informiert. Mit Schreiben vom 24.09.2012 bestätigte das Landratsamt, dass das Prüfverfahren abgeschlossen ist.

3. Formalien

	<u>Haushaltsplan</u>
Beschluss des Gemeinderates über die Haushaltssatzung	17.12.2013
Bestätigung der Gesetzmäßigkeit durch das Landratsamt	14.01.2014
Bekanntmachung der Haushaltssatzung	24.01.2014
Auslegung Haushaltsplan	27.01. - 04.02.2014

Zusammenfassung der Ergebnisse der Haushaltswirtschaft

Die Stadt Wehr kann mit dem Rechnungsabschluss 2014 erneut ein sehr zufriedenstellendes Jahresergebnis vorweisen. Nachfolgend werden einzelne Indikatoren, Sachverhalte und Inhalte des Rechnungsabschlusses näher dargestellt.

Die gute konjunkturelle Situation setzte sich, wie von den Steuerschätzern und Wirtschaftsweisen vorhergesehen, auch im Jahr 2014 fort. Dies hatte zur Folge, dass wir bei einzelnen wichtigen Einnahmepositionen des Verwaltungshaushaltes erneut erfreuliche Mehreinnahmen verzeichnen können, bei anderen wichtigen Einnahmepositionen des Verwaltungshaushaltes zumindest die Planansätze erreichen konnten.

Besonders erfreulich ist die Tatsache, dass auch die Wehrer Gewerbebetriebe von der weiterhin guten konjunkturellen Situation im Jahr 2014 profitierten. Mit Gewerbesteuereinnahmen von insgesamt 5.292 Tsd. EUR können wir bei dieser Position die größte Mehreinnahme im Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 392 Tsd. EUR verbuchen.

Bei den Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen vom Land können wir mit insgesamt 4.743 Tsd. EUR eine Mehreinnahme in Höhe von 198 Tsd. EUR verzeichnen. Die in Abhängigkeit der Einkommensteuereinnahmen des Landes zu vereinnahmenden Gemeindeanteile an der Einkommensteuer liegen mit insgesamt 6.079 Tsd. EUR um rund 24 Tsd. EUR über dem bereits hohen Planansatz.

Nennenswert sind außerdem die vorwiegend aufgrund der Satzungsumstellung zu verzeichnenden Mehreinnahmen aus der Vergnügungssteuer in Höhe von 97 Tsd. EUR gegenüber dem schon moderat angepassten Planansatz.

Als weitere positive Einnahmeposition außerhalb des Steuer/Zuweisungsbereichs sind die Zinseinnahmen im Jahr 2014 anzuführen. Durch die Fälligkeit von langfristigen Festgeldanlagen, die zu guten Zinskonditionen angelegt wurden, können wir zusätzliche Zinseinnahmen in Höhe von über 270 Tsd. EUR vorweisen.

Auf der Ausgabenseite des Verwaltungshaushaltes konnten wir verschiedene Einsparungen im Personal- und Sachkostenbereich erreichen. Deutliche Einsparungen konnten zum Beispiel bei den Personalausgaben durch nicht besetzte Stellen und Langzeiterkrankungen in Höhe von 344 Tsd. EUR verbucht werden. Bei den Bewirtschaftungskosten konnte der Planansatz in Summe um ca. 80 Tsd. EUR unterschritten werden. Bei den Ausgaben für die Unterhaltung der Gebäude und Einrichtungen und bei den verschiedenen Inventaranschaffungen mussten einzelne über- und außerplanmäßige Ausgaben durchgeführt werden, die in Summe aber komplett ausgeglichen werden konnten.

Die veranschlagte Summe der Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt in Höhe von 2.363 Tsd. EUR konnte somit vorwiegend durch die oben aufgeführten Verbesserungen auf einen Betrag von über 3.848 Tsd. EUR erhöht werden. Die aufgrund der Verbesserungen im Verwaltungshaushalt erhöhte Zuführung ermöglichte es im Vermögenshaushalt, die im Haushaltsplan 2014 eingestellte Rücklagenentnahme in Höhe von 1.860 Tsd. EUR auf einen Betrag von 949 Tsd. EUR zu reduzieren.

Das Investitionsvolumen und Investitionsprogramm des Jahres 2014 war erneut ausgesprochen umfangreich und eine ganze Anzahl von mehrjährigen Maßnahmen konnten im Jahr 2014 abgerechnet werden. Anzuführen ist hier zum Beispiel die umfassende Sanierung der Walther von Klingen Realschule. Die Abrechnung dieser wichtigen Bildungsinvestition brachte leider eine in dieser Höhe nicht vorhersehbare Kostenüberschreitung mit sich. Generell stand das Haushaltsjahr 2014 unter der Überschrift „Investitionen in Bildung und Erziehung“. Dies wurde durch den Bau des Ganztageskindergartens „Kita Zelg“ für über 2 Mio. EUR und dem Baubeginn für den neuen Kindergarten „St. Elisabeth“ mit einer Mittelbereitstellung in Höhe von 1,6 Mio. EUR deutlich untermauert. Die Mittelbereitstellung für das Sanierungsgebiet „Bahnhofplatz“ in Höhe von 710 Tsd. EUR bildete einen weiteren Investitionsschwerpunkt des Jahres 2014. Der Einbau und die Einrichtung des Bürgerbüros mit der Anbringung des Aufzugs an das historische Gebäude „Altes Schloss“ stellen ebenfalls wichtige Investitionen in das Dienstleistungsangebot der Stadt Wehr mit einer modernen Ausrichtung für die kommenden Jahre dar. Als weitere nennenswerte Investition ist die Zuschussgewährung der Stadt Wehr an die Bürgerstiftung in Höhe von 250 Tsd. EUR anzuführen, die für eine ebenfalls wichtige Zukunftsinvestition, die Schaffung alters- und behindertengerechten Wohnraums für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger eingesetzt wurde. Mit einem Teilbetrag in Höhe von 87 Tsd. EUR konnten wichtige Planungsschritte in dem Herzstück unserer Innenstadt vorangebracht werden. Erst der Fortgang

der Entwicklungen in diesem zentralen und für die gesamte Innenstadt überaus wichtigen Bereich wird die Bedeutung dieser Planungsschritte unterstreichen.

Wie bereits ausgeführt, konnten zusätzlich zu den genannten Einzelinvestitionen mehrere über Jahre finanzierte Maßnahmen im Jahr 2014 abgerechnet werden. Es ergaben sich hieraus einzelne Überschreitungen, die das Jahresergebnis 2014 im Vermögenshaushalt schmälern. Die Verbesserung aus dem Verwaltungshaushalt wurde somit im Vermögenshaushalt für die Abdeckung dieser Überschreitungen teilweise aufgezehrt.

Bei Gesamtbetrachtung der Haushaltsabwicklung 2014 kann festgehalten werden, dass mit wenigen Ausnahmen im Vermögenshaushalt die Planansätze weitestgehend eingehalten wurden. Die eingestellte Darlehensermächtigung in Höhe von 1 Mio. EUR wurde aufgrund der guten Liquidität noch nicht vorgenommen und in das Haushalt Jahr 2015 übertragen. Durch die laufenden Tilgungen hat sich der Schuldenstand auf einen Stand von 5.343 Tsd. EUR zum 31.12.2014 vermindert.

Der Schuldenabbau, die Reduzierung der Rücklagenentnahme und das außergewöhnlich hohe Investitionsvolumen sind die Eckpunkte des relativ guten Jahresabschlusses 2014.

Das Volumen des Verwaltungshaushaltes hat sich im Ergebnis gegenüber den Planansätzen um 4,4 % erhöht. Diese Steigerung ist vorwiegend durch die aufgeführten Mehreinnahmen begründet. Diese Mehreinnahmen im Verwaltungshaushalt wurden dann auf der Ausgabenseite in Form einer erhöhten Zuführung an den Vermögenshaushalt weiter gegeben. Wie bereits ausgeführt, ermöglichte die um über 1.485 Tsd. EUR erhöhte Zuführung vom Verwaltungshaushalt im Vermögenshaushalt die deutliche Reduzierung der Rücklagenentnahme von geplanten 1.860 Tsd. EUR auf 949 Tsd. EUR. Die wesentliche Ursache für die Steigerung des Volumens des Vermögenshaushaltes ist durch Überschreitungen aus der Abrechnung einzelner Großprojekte begründet.

Der Vergleich des Jahresergebnisses 2014 zu den Planansätzen und im Vergleich zum Rechnungsergebnis 2014 stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

	<u>Verwaltungs- haushalt</u>	<u>Vermögens- haushalt</u>	<u>Gesamt- haushalt</u>
Haushaltsplanansatz 2014 in EUR	29.478.000	5.883.000	35.361.000
Rechnungsergebnis 2014 in EUR	30.774.484	6.290.366	37.064.850
Abweichung des Ergebnisses 2014 gegenüber den Planansätzen	+ 4,4 %	+ 6,9 %	+ 4,8 %
Abweichung des Ergebnisses 2014 gegenüber dem Ergebnis 2013	+ 6,1 %	- 5,9 %	+ 3,9 %

1. VERWALTUNGSHAUSHALT

Der Jahresabschluss des Verwaltungshaushaltes erbrachte folgende Ergebnisse:

<u>Gruppierungen</u>	<u>Haushalts- ansatz</u>	<u>Ergebnis</u>	<u>Mehr(+) Weniger(-)</u>
<u>E i n n a h m e n (in EUR)</u>			
0 Steuern, Zuweisungen	18.572.200	19.292.696	+720.496
1 Verwaltung und Betrieb	7.841.600	7.737.089	-104.511
2 Sonstige Finanzeinnahmen (ohne Zuführung)	<u>3.064.200</u>	<u>3.744.699</u>	<u>+680.499</u>
	<u>29.478.000</u>	<u>30.774.484</u>	<u>+1296.484</u>

A u s g a b e n (in EUR)

4 Personalausgaben	8.051.000	7.706.596	-344.404
5/6 Sächliche Verwaltungs- und Zweckausgaben	9.182.900	9.405.036	+222.136
7 Zuweisungen und Zuschüsse	1.220.600	1.010.951	-209.649
8 Sonstige Finanzausgaben (ohne Zuführung)	8.660.500	8.803.539	+143.039
Zuführung zum Vermögenshaushalt	<u>2.363.000</u>	<u>3.848.362</u>	<u>+1.485.362</u>
	<u>29.478.000</u>	<u>30.774.484</u>	<u>+1296.484</u>

Wie sich die sogenannten Bruttoabweichungen (alle Abweichungen aufsummiert) in den vergangenen Jahren entwickelt haben, ist der anschließenden Tabelle zu entnehmen:

Bruttoabweichungen	2014 in EUR	Abweichungen in % vom Ansatz			
		2011	2012	2013	2014
Mehreinnahmen	1.757.086	14,2	7,7	6,0	6,0
Wenigereinnahmen	460.602	2,0	1,6	2,0	1,6
Mehrausgaben	2.491.536	15,6	9,2	8,4	8,5
Wenigerausgaben	1.195.052	3,4	3,1	4,4	4,1

Die Mehreinnahmen gegenüber den Planansätzen liegen mit 6 % unverändert auf relativ niedrigem Niveau. Rund 31 % der Mehreinnahmen entfallen auf den Steuerbereich, weitere 15 % auf erfreuliche Zinseinnahmen, weitere 11 % auf höhere Schlüsselzuweisungen und rund 25 % auf höher als veranschlagt verbuchte kalkulatorische Kosten. Die Wenigereinnahmen fallen mit 1,6 % relativ gering aus und verteilen sich auf sehr viele Einzelpositionen. Nennenswerte Einzelpositionen stellen hier die im Jahr 2014 nicht realisierten Zuschüsse vom Naturpark sowie Mindereinnahmen aus den Konzessionsabgebzahlungen dar. Auf der Ausgabenseite bildet die um 1.485 Tsd. EUR erhöhte Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt die mit Abstand größte Einzelabweichung. Eine weitere große Einzelabweichung stellen die in Summe um rund 500 Tsd. EUR höher verbuchten kalkulatorischen Kosten dar. Die aufgrund der Steuermehreinnahmen erhöhte Gewerbesteuerumlage an das Land in Höhe von 208 Tsd. EUR ist ebenfalls separat anzuführen. Nach Abzug dieser aufgeführten Positionen verbleiben als Brutto- Mehrausgaben weniger als 300 Tsd. EUR. Prozentual zu der Summe der Gesamtansätze bedeutet dies einen Wert in Höhe von rund 1,0 %. Dieser relativ geringe Wert ist ein eindeutiger Nachweis für die grundsätzliche Ausgabendisziplin der Bewirtschafter. Von den Wenigerausgaben in Höhe von 1.195.052 EUR entfallen allein 344.404 EUR (ca. 29 %) auf verschiedene Einsparungen bei den Personalausgaben. Weitere nennenswerte Einsparungen konnten bei der Umlage an den Zweckverband Kläranlage (207 Tsd. EUR) und den Bewirtschaftungskosten der Gebäude (80 Tsd. EUR) erzielt werden.

Weitere betragsmäßig geringere aber nennenswerte Abweichungen werden bei den Erläuterungen zu den einzelnen Einnahme- und Ausgabegruppen dargestellt und begründet.

EINZELNE EINNAHME- UND AUSGABENGRUPPEN

EINNAHMEN

1.1 Gewerbesteuer

Gewerbesteuer	2011	2012	2013	2014
Solleinnahmen in Tsd. EUR	5.155	5.145	5.501	5.292
Entwicklung (2011= 100)	100	100	107	103
Solleinnahmen in % des VwH	18,7	18,4	19,0	18,0
Solleinnahmen in EUR je Einw.	404	400	428	415
Einnahmen im Landesdurchschnitt der Größenklasse 10.000-20.000 Einwohner in EUR je Einwohner	356	383	429	444

Mit den im Jahr 2014 erzielten Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 5.292 Tsd. EUR halten wir das Vorjahresniveau nicht ganz, können aber gegenüber dem Planansatz eine Mehreinnahme in Höhe von 392 Tsd. EUR verbuchen. Relativ gute Jahresergebnisse 2013 bei vielen Gewerbebetrieben mit entsprechenden Steuernachzahlungen und gleichzeitiger Anpassung der Vorauszahlungen führten zu diesem aus unserer Sicht sehr akzeptablen Ergebnis. Der Blick auf die Jahresergebnisse der letzten 4 Jahre vermittelt den Eindruck einer relativ konstanten Einnahmengröße zwischen 5,1 und 5,5 Mio. EUR. Dies war jedoch in den vergangenen Jahren nicht so und wird voraussichtlich auch zukünftig nicht der Fall sein. Die Gewerbesteuernachzahlungen in Wehr waren aufgrund der Abhängigkeit von einzelnen großen Steuerzahldaten stets mit großen Schwankungen behaftet und daher auch schwer kalkulierbar. Landesweit sind die Gewerbesteuereinnahmen erneut angestiegen. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr in Wehr liegt somit nicht im Landestrend, ist aufgrund der aufgeführten Abhängigkeit von Einzelbetrieben in Wehr jedoch keine Besonderheit. Der Abstand der Gewerbesteuereinnahmen je Einwohner zum Landesdurchschnitt ist dadurch angewachsen. Die Gewerbesteuereinnahmen in Wehr liegen im Jahr 2014 um 6,5 % unter dem Landesdurchschnitt.

1.2 Gemeindeanteil Einkommensteuer

Gemeindeanteil Einkommensteuer	2011	2012	2013	2014
Solleinnahmen in Tsd. EUR	4.998	5.467	5.817	6.079
Entwicklung (2011= 100)	100	109	116	122
Solleinnahmen in % des VwH	18,1	19,5	20,1	19,8
Einnahmen in EUR je Einwohner	392	425	452	477
Einnahmen im Landesdurchschnitt unserer Größenklasse in EUR je Einwohner	402	438	482	501

Auf der Grundlage des Haushaltserlasses 2014 des Innenministeriums und des Finanzministeriums wurde der Planansatz 2014 für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer auf 6.054 Tsd. EUR festgelegt. Die Tatsache, dass dieser bisher höchste Planansatz sogar noch um 25 Tsd. EUR übertroffen wurde, zeigt die nochmals verbesserte Konjunkturdevelopment und die gute Einnahmesituation des Landes im Jahr 2014. Der nun tatsächlich im Jahr 2014 vereinnahmte Betrag von 6.079 Tsd. EUR bedeutet einen neuen

Spitzenwert bei dieser Einnahme position. Die Einnahmen je Einwohner liegen in Wehr seit dem Jahr 2006 unter dem Landesdurchschnitt unserer Gemeindegrößenklasse. Die vom Land im 3-jährigen Turnus durchgeführte Anpassung der Schlüsselzahlen für die Verteilung der Einkommensteueranteile hat zu dieser bedauerlichen Änderung geführt. Die Basis für die Ermittlung dieser Schlüsselzahlen bilden, vereinfacht ausgedrückt, die von den Bürgerinnen und Bürgern Wehrs in zurückliegenden Jahren abgeführten Einkommensteuerzahlungen.

1.3 Grundsteuer A + B

Grundsteuer A + B	2011	2012	2013	2014
Solleinnahmen in Tsd. EUR	1.680	1.674	1.715	1.720
Entwicklung (2011= 100)	100	100	102	102
Solleinnahmen in % des VwH	6,1	6,0	5,9	5,6
Einnahmen in EUR je Einwohner	132	130	133	135
Einnahmen im Landesdurchschnitt unserer Größenklasse in EUR je Einwohner	129	130	135	135

Die Einnahmen aus der Grundsteuer A + B sind im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr nur gering um 0,3 % angestiegen. Dieser relativ geringe Anstieg ist vorwiegend dadurch begründet, dass im Ergebnis des Vorjahres Nachveranlagungen für zurückliegende Jahre enthalten waren. Anpassungen der maßgeblichen Maßbeträge durch das Finanzamt erfolgen in der Regel bei größeren Umbaumaßnahmen oder natürlich bei Neubauten. Die Grundsteuereinnahmen stellen grundsätzlich eine verlässliche und relativ konstante Größe auf der Einnahmenseite des städtischen Haushaltes dar. Die Einnahmen je Einwohner in Wehr liegen nun im Jahr 2014 wieder exakt auf dem Wert des Landesdurchschnitts vergleichbarer Gemeinden. Der Anstieg dieses Wertes gegenüber dem Vorjahr ist der sinkenden Einwohnerzahl in Wehr geschuldet. In Vorjahren lagen die Einnahmen in Wehr stets über dem Landesdurchschnitt mit ständig sinkender Differenz. Diese Entwicklung lässt darauf schließen, dass in den letzten Jahren jeweils einige Gemeinden in Baden Württemberg in unserer Größenklasse die Grundsteuerhebesätze angepasst haben. Der Hebesatz der Grundsteuer B wurde in Wehr zuletzt zum 01.01.2005 auf 340 v. H. angepasst.

1.4 Finanzausgleich

Im Rahmen des Finanzausgleiches haben wir vom Land Baden-Württemberg nachstehende Zahlungen erhalten:

Finanzausgleich in Tsd. EUR	2011	2012	2013	2014
Schlüsselzuweisungen				
Investitionspauschale nach mangelnder Steuerkraft	662 3.175	633 3.041	678 3.192	840 3.903
Familienleistungsausgleich	477	484	485	495
Sachkostenbeiträge für Schulen	547	506	476	455
Kindergartenlastenausgleich	546	835	885	789
Sportstättenbaupauschale	--	--	--	--
Ausbildungskosten	--	--	--	5
Verkehrslastenausgleich	60	61	53	53

Die Steuereinnahmen des Jahres 2012 bilden die Grundlage für die Finanzausgleichszahlungen und Finanzausgleichseinnahmen des Jahres 2014. Parallel hierzu stellen die vom Land jeweils festzulegenden Grundkopfbeträge und Investitionspauschalen die Basis für diese Ausgleichszahlungen des Landes dar. Wie bereits ausgeführt konnten bei den Schlüsselzuweisungen vom Land aufgrund Erhöhungen der Auszahlungsparameter durch das Land Mehreinnahmen in Höhe von 198 Tsd. EUR verzeichnet werden. Bei den Zahlungen aus dem Familienlastenausgleich ist hingegen eine Mindereinnahme von 10 Tsd. EUR gegenüber dem Ansatz eingetreten. Die Sachkostenbeiträge für Schulen stellen eine Ausgleichszahlung des Landes an die Schulträger für die Bereitstellung der Schulgebäude mit Hausmeister, Sekretariat und der gesamten Sachausstattung dar. Die weitere Verminderung der im Jahr 2014 erhaltenen Zuweisungen ist durch den weiteren Rückgang der Schülerzahlen begründet.

Der Kindergartenlastenausgleich stellt eine pauschale Ausgleichszahlung des Landes für den Betrieb der Kindergärten dar. Mit dem Pakt für Familien, den die Landesregierung und die kommunalen Landesverbände im Dezember 2011 unterzeichneten, hat die Landesregierung die Förderung der Betriebsausgaben der Kleinkindbetreuung aufgestockt. Bei den im Jahr 2014 vereinnahmten Landeszuschüssen müssen wir jedoch leider eine erhebliche Reduzierung um 96 Tsd. EUR hinnehmen, da wir in den Vorjahren von einer Übergangslösung bei der Festsetzung der Zuschusshöhe profitierten. Diese Übergangslösung ist im Jahr 2014 ausgelaufen.

1.5 Einnahmen aus Gebühren, Verkauf, Mieten, Pachten

	2011	2012	2013	2014
Solleinnahmen Gebühren in Tsd. EUR (darunter Abwassergebühren)	2.625 (1.624)	2.684 (1.659)	2.658 (1.658)	2.663 (1.660)
Einnahmen in % des VwH	9,5	9,6	9,2	8,6
Solleinnahmen Verkauf, Mieten, Pachten in Tsd. EUR (darunter Holzerlöse)	946 (321)	863 (276)	815 (245)	901 (283)
Einnahmen in % des VwH	3,4	3,1	2,8	2,9

Die Gebühreneinnahmen des Jahres 2014 liegen mit 2.663 Tsd. EUR geringfügig über dem Vorjahreswert, allerdings um rund 40 Tsd. EUR unter den veranschlagten Beträgen. Entsprechende Mindereinnahmen gegenüber den Planansätzen mussten bei den Kindergartengebühren mit Mindereinnahmen in Höhe von 28 Tsd. EUR, bei den Freibadgebühren (25 Tsd. EUR), und bei den Grabplatzgebühren im Friedhofsgebiet (24 Tsd. EUR) hingenommen werden. Bei den Einnahmen aus Abwassergebühren konnten wir hingegen gegenüber dem Planansatz eine Mehreinnahme in Höhe von rund 39 Tsd. EUR verbuchen. Die Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten weisen im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr einen offensichtlichen Anstieg um 86 Tsd. EUR auf. Allein 38 Tsd. EUR dieser Einnahmensteigerung entfallen auf die Holzerlöse. Zusätzlich wirkt sich bei dieser Einnahmengruppe die Ausweitung und Inanspruchnahme des Mittagessensangebots in den Kindergärten und Schulen aus. Eine veränderte Abwicklung der Mietnebenkosten sowie einzelne Mietanpassungen wirken sich hier ebenfalls positiv auf der Einnahmenseite aus.

Die Kostenersätze der Technischen Dienste für Leistungen an Dritte (z. B. Bürgerstiftung) und die Leistungen der Technischen Dienste für Vermögensmaßnahmen (Verrechnungseinnahmen vom VmH) stiegen ebenfalls in Summe um rund 15 Tsd. EUR an. Der Schwerpunkt dieser Leistungen der Technischen Dienste für Vermögensmaßnahmen lag bei der Außenanlage Kita Zelg (24 Tsd. EUR) und bei der Neueinrichtung des Bürgerbüros (14 Tsd. EUR).

In Summe wurde der Planansatz bei der Einnahmengruppe Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten geringfügig, um rund 3 Tsd. EUR übertroffen, was als Punktlandung zu sehen ist.

1.6 Zuweisungen und Zuschüsse

An Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke haben wir im Jahr 2014 einen Betrag von rund 1.598 Tsd. EUR erhalten. In diesem Betrag sind die bereits unter 1.4 aufgeführten Sachkostenbeiträge für die Schulen, die Zahlungen des Landes im Rahmen des Verkehrslastenausgleichs und des Kindergartenlastenausgleichs enthalten. Der deutliche Rückgang gegenüber dem Vorjahreswert von 1.724 Tsd. EUR ist wesentlich durch den bereits beschriebenen Rückgang bei den Zuschüssen aus dem Kindergartenlastenausgleich und dem Sachkostenbeitrag für die Schüler begründet.

Zuschüsse des Bundes für die Eingliederungshilfe behinderter Menschen (Inklusion an den Schulen) und die Erbringung besonderer Betreuungsleistungen in den Kindergärten (sogenannte Eingliederungshilfe) in Höhe von insgesamt ca. 33 Tsd. EUR, laufende Landeszuschüsse für das Grundbuchamt (54 Tsd. EUR), die Kernzeitbetreuungen, den Hort, die Schulsozialarbeit und die Ganztagesschulen (65 Tsd. EUR), die Feuerwehr (11 Tsd. EUR), die Volkshochschule (11 Tsd. EUR), die Stadtjugendpflege (11 Tsd. EUR) sowie Kreiszuschüsse für die Schulsozialarbeit (21 Tsd. EUR), den Hort an der Schule (49 Tsd. EUR) und die Stadtjugendpflege (17 Tsd. EUR) sind ebenfalls in dieser Position enthalten. Außerdem fallen unter diese Position auch die vereinnahmten Spenden für die verschiedenen Bereiche (7 Tsd. EUR) und ein Landeszuschuss in Höhe von 7.500 EUR für die Durchführung des European Energy Awards (EEA).

1.7 Sonstige Finanzeinnahmen

Die Entwicklung der sonstigen Finanzeinnahmen stellt sich wie folgt dar:

Sonstige Finanzeinnahmen in Tsd. EUR	2011	2012	2013	2014
Zinseinnahmen	38	54	37	298
Gewinnanteile, Konzessionsabgabe	935	895	895	846
Säumniszuschläge, Bußgelder	185	67	181	85
Kalkulatorische Einnahmen	2.113	2.066	2.069	2.515
Innere Verrechnung	2.077	2.172	2.188	2.313
Zuführung vom VmH	0	0	0	0

Im Jahr 2014 konnten durch das Auslaufen mehrerer langjähriger Festgeldanlagen zu relativ guten Zinssätzen Zinseinnahmen in Höhe von insgesamt 298 Tsd. EUR vereinnahmt werden. Dies bedeutet eine erfreuliche Mehreinnahme in Höhe von 271 Tsd. EUR gegenüber den Planansätzen. Der Vergleich zu den Vorjahren und sicherlich auch zu den Folgejahren führt diese außergewöhnlichen Zinseinnahmen nochmals eindrücklich vor Augen. Bei den Einnahmen aus Gewinnanteilen und Konzessionsabgaben mussten wir hingegen Einnahmeeinbußen in Höhe von insgesamt 45 Tsd. EUR gegenüber den Planansätzen hinnehmen. Geringere Abnahmemengen für Gas und Strom sowie Erstattungen aus den Konzessionsabgabeabrechnungen des Jahres 2013 führten zu diesem Minderergebnis. Der insgesamt bei dieser Einnahmengruppe vereinnahmte Betrag setzt sich aus Konzessionsabgabebzahlungen von der ED Netze GmbH (293 Tsd. EUR), Konzessionsabgabenzahlungen von der bnNetze GmbH (52 Tsd. EUR) und der Gewinnausschüttung aus der Beteiligung der Stadt Wehr an der badenova AG & Co. KG in Höhe von rund 501 Tsd. EUR zusammen.

Der deutliche Rückgang bei der Position der Säumniszuschläge, Bußgelder ist ausschließlich durch geringere Einnahmen aus Säumniszuschlägen und Nachzahlungszinsen für Gewerbesteuерforderungen für zurückliegende Jahre begründet. Die im Vorjahr überplanmäßig vereinnahmten Beträge bei dieser Position in Höhe von über 100 Tsd. EUR konnten im Jahr 2014 nicht verbucht werden. Der Planansatz 2014 wurde bei dieser nicht im Vorfeld zu kalkulierenden Position mit tatsächlichen Einnahmen von rund 42 Tsd. EUR um rund 13 Tsd. EUR unterschritten. Auf der Ausgabenseite wurden dafür bei den an die Gewerbebetriebe aufgrund Gewerbesteuерerstattungen zu bezahlenden Erstattungszinsen ein Betrag von 13 Tsd.

EUR gegenüber dem Planansatz eingespart. Bei den festgesetzten Verwarnungsgeldern aus dem ruhenden Verkehr konnte mit insgesamt 41 Tsd. EUR eine Mehreinnahme von rund 11 Tsd. EUR gegenüber dem Planansatz erzielt werden.

Die kalkulatorischen Einnahmen haben sich im Vergleich zum Vorjahr augenscheinlich von 2.069 Tsd. EUR auf 2.515 Tsd. EUR erhöht. Beinahe die komplette Erhöhung bei dieser Position ist durch die Investitionen in die Kindergärten/Kinderbetreuung begründet. Durch den Abriss des Kindergarten St. Elisabeth musste der komplett noch bestehende Restwert ausgebucht werden. Durch die Inbetriebnahme der Kita Zelg im September 2014 mussten hier anteilige Abschreibungen sowie die Anlagekapitalverzinsung verbucht werden. Diese genannten Positionen führen in Summe zu Steigerungen in Höhe von über 400 Tsd. EUR, die sich in gleicher Höhe auf der Einnahmen- wie auch auf der Ausgabenseite, also aufwandsneutral auswirken. Die kalkulatorischen Einnahmen stellen den Gegenposten für die bei den kostenrechnenden Einrichtungen verbuchte Abschreibung und Anlagekapitalverzinsung dar. Es sind nur von fertig gestellten Sachanlagen Abschreibungen und Anlagekapitalverzinsung zu berechnen.

Die inneren Verrechnungen stellen ebenfalls einen Durchlaufposten dar und beeinflussen das Ergebnis nicht. Sie finden sich in gleicher Höhe auf der Ausgabenseite wieder. Durch die inneren Verrechnungen werden die Leistungen von so genannten Hilfsbetrieben (z.B. Technische Dienste incl. Stadtgärtnerei, Fuhrpark, Bauhof) und die Bereitstellung von einzelnen Räumlichkeiten den jeweils in Anspruch nehmenden Einrichtungen berechnet. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahreswert ist überwiegend durch Erhöhungen im Sach- und Personalkostenbereich verursacht, der an die in Anspruch nehmenden Einrichtungen weiterberechnet wird. Anzuführen ist hier unter anderem der insgesamt in der Verwaltung gestiegene Aufwand für die Kinderbetreuung, der sich vom Bau und Unterhalt der Gebäude, über die Sachbearbeitung bis zur Verbuchung der Gebühren und Essensgelder durchzieht.

AUSGABEN

1.8 Personalausgaben

In den letzten Jahren haben die Personalausgaben folgende Entwicklung genommen:

Personalaufwand	2011	2012	2013	2014
Ausgaben in Tsd. EUR	7.052	7.075	7.247	7.707
Entwicklung (2011= 100)	100	100	103	109
Ausgaben in EUR je Einwohner	553	550	564	605
Ausgaben in % des VwH	25,6	25,3	25,0	25,1

In der Entwicklung der Personalausgaben liegt die tatsächliche Personalkostensteigerung gegenüber dem Vorjahr bei insgesamt 6,3 %. Diese beinhaltet eine leicht überplanmäßige Erhöhung der Entgelte der Beschäftigten nach dem Tarifvertrag im öffentlichen Dienst (TVöD) um 3 %. Im Haushaltssatz war jedoch insgesamt eine Erhöhung der Personalausgaben von 11,1 % vorgesehen.

Der wesentliche Anteil der Personalkostensteigerung (etwa 4,5 %) ist auf die zusätzlichen Personalstellen in der neueröffneten „Kita Zelg“ zurückzuführen. Die Gesamtpersonalausgaben für alle 7 Kindertageseinrichtungen nahmen im Vergleich zum Vorjahr um 15 % zu. Dennoch wurden gerade im Bereich der Kindertageseinrichtungen die Planansätze in Summe unterschritten. Dies macht den Mangel an qualifizierten Fachkräften im Erziehungsdienst deutlich. Nicht alle benötigten Personalstellen konnten besetzt werden. Eine weitere wesentliche Einsparung zeigte sich innerhalb der Kernverwaltung im Hauptamt. In Ungewissheit über die tatsächliche Entwicklung der krankheitsbedingten Personalausfälle im Hauptamt wurden die Personalausgaben im Planansatz vorsichtig kalkuliert.

Insgesamt wurde der Planansatz für die Personalausgaben 2014 um rund 344 Tsd. EUR unterschritten.

Bei Betrachtung der Personalausgaben der Stadt Wehr im Vergleich mit anderen Gemeinden ist immer zu berücksichtigen, dass die Stadt Wehr sämtliche Kindergärten in eigener Regie führt und von der Verwaltung eine ganze Anzahl zusätzlicher Aufgaben für andere Institutionen (Bürgerstiftung, Wasserwerk, Zweckverband Kläranlage und seit 2013 die neu gegründeten Stadtwerke Wehr) erledigt werden. Außerdem ist anzuführen, dass in Wehr im Vergleich zu anderen Kommunen mit ähnlicher Aufgabenerledigung keine Personalausgaben in Eigenbetriebe, Tourismusbetriebe oder GmbH-Betriebe ausgelagert wurden. Auf Seite 39 ist die Aufteilung der gesamten Personalausgaben auf die Bereiche Kernverwaltung, Bauhof und Kindergärten grafisch dargestellt.

1.9 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand (Gruppen 5 + 6) in den Jahren 2011 bis 2014:

Sachaufwand	2011	2012	2013	2014
Ausgaben in Tsd. EUR	8.285	8.740	9.043	9.405
Ausgaben in % des VwH	30	31	31,2	30,6
Davon innere Verrechnungen u. kalkulatorische Kosten	4.191	4.238	4.257	4.828
Verbleibender finanzwirtschaftlicher Aufwand	4.094	4.502	4.786	4.577
Entwicklung (2011 = 100)	100	110	116	118

Die Ausgaben für den Verwaltungs- und Betriebsaufwand weisen im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr eine weitere Steigerung um rund 4,0 % auf. Der verbleibende finanzwirtschaftliche Aufwand vermindert sich jedoch sogar gegenüber dem relativ hohen Vorjahreswert um 4,4 %. Die Ausgaben für den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand stellen einen gewissen Indikator für die jeweilige finanzielle Situation in einem Haushaltsjahr dar. Beispielhaft werden bei einer guten Finanzsituation verstärkt Instandsetzungsmaßnahmen an den städtischen Gebäuden und Einrichtungen vorgenommen, was folglich zu einem Anstieg der Ausgaben für die Unterhaltung der Grundstücke und Anlagen führt. Für diese Unterhaltsaufwendungen wurde im Jahr 2011 ein Betrag in Höhe von 887 Tsd. EUR, im Jahr 2012 ein Betrag in Höhe von 1.106 Tsd. EUR und im Jahr 2013 ein Betrag von 1.191 Tsd. EUR verausgabt. Im Jahr 2014 belaufen sich die Ausgaben für die Unterhaltung der Grundstücke und Anlagen auf 1.063 Tsd. EUR und belegen damit den außergewöhnlich hohen Vorjahreswert. Der Vergleich des finanzwirtschaftlichen Aufwands im Jahr 2014 in Höhe von 4.577 Tsd. EUR mit dem absolut schwierigen Haushaltsjahr 2002 mit einem verbleibenden finanzwirtschaftlichen Aufwand in Höhe von 2.919 Tsd. EUR macht deutlich, dass im Jahr 2014 wie bereits in den Vorjahren ein hohes Augenmerk auf die Unterhaltung und Instandsetzung der städtischen Gebäude und Anlagen gelegt wurde und somit eine ganze Anzahl von in den Vorjahren zurückgestellten und notwendigen Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen durchgeführt wurden.

An größeren Maßnahmen an den Gebäuden sind die im Zusammenhang mit der Fortführung der Sanierung des Hallenbades angefallenen Ausgaben in Höhe von insgesamt 100 Tsd. EUR, der Umbau der Toiletten für eine U-3-Gruppe im Kindergarten Klostermatt für 33 Tsd. EUR, der Umbau der Toiletten im Bauhofgebäude für 25 Tsd. EUR, die Fortführung der Erneuerung der Elektroanlagen im Feuerwehrgerätehaus für 17 Tsd. EUR, die Erneuerung der Heizungsanlage im Kindergarten St. Michael für 15 Tsd. EUR und die Sanierungsarbeiten an städtischen Wohngebäuden für insgesamt 70 Tsd. EUR anzuführen. Von den Sanierungsarbeiten an städtischen Wohngebäuden entfällt mit 53 Tsd. EUR der überwiegende Anteil auf die Gebäude Georg-Kerner-Straße 6 + 8 mit einer dort durchgeföhrten Treppenhaussanierung einschließlich neuer Eingangstüren sowie einer Dachbodenisolierung als energetische Dämmmaßnahme. Für die Unterhaltung der Schulgebäude wurden 80 Tsd. EUR aufgewendet, die sich auf die unterschiedlichsten Arbeiten von der Erneuerung der Bodenbeläge über Malerarbeiten bis zu kleineren Elektro- und Sanitärinstandsetzungen und verschiedensten Reparaturen erstrecken.

Durch die tatkräftige Mitwirkung der Technischen Dienste bei den unterschiedlichen Maßnahmen konnten erhebliche weitere Finanzmittel eingespart werden.

Für die Unterhaltung der Gemeindestraßen wurden insgesamt 223 Tsd. EUR bereitgestellt. Als größte Einzelposition sind hieraus die Sanierung der Wehratalstraße für 76 Tsd. EUR und die Gehwegsanierung im Bereich der Wehratalstraße für 22 Tsd. EUR anzuführen. Für die allgemeine Kanalunterhaltung wurde ein Betrag von 110 Tsd. EUR bereitgestellt. Als größte Einzelposition sind hieraus die TV-Untersuchung eines weiteren Abschnitts für 36 Tsd. EUR und die Kanalsanierung in geschlossener Bauweise für 35 Tsd. EUR anzuführen.

Laufende Unterhaltungsmaßnahmen an den Sportplätzen (20 Tsd. EUR), der Straßenbeleuchtung (19 Tsd. EUR), an Feldwegen (35 Tsd. EUR) sowie die aufgrund der Aufwertung des Bolzplatzes bei der Sporthalle Seeboden überplanmäßig hohen Aufwendungen für die Unterhaltung der Kinderspielplätze (28 Tsd. EUR) und eine Vielzahl kleinerer Unterhaltungsmaßnahmen haben die Substanz unserer Gebäude, Anlagen und Infrastruktureinrichtungen erhalten bzw. verbessert. Trotz einiger außer- und überplanmäßigen Ausgaben konnte durch verschiedene Einsparungen bei der gesamten Ausgabengruppe der Unterhaltungsmaßnahmen an Gebäuden und Einrichtungen in Summe sogar eine Unterschreitung in Höhe von 39 Tsd. EUR erreicht werden.

Für die Anschaffung und Unterhaltung von beweglichen Inventargegenständen wurden insgesamt 266 Tsd. EUR verausgabt. Hierunter fallen unterschiedlichste Bereiche, von Büromöbeln oder EDV- Bedarf für die Verwaltung, verschiedenem Feuerwehrbedarf, Mobiliar an den Schulen, Inventarersatz in den Kindergärten bis zu Sportgeräten in den Sporthallen, Gerätschaften für die Technischen Dienste oder Inventarergänzungen für die Stadthalle. Bei dieser Ausgabengruppe sowie bei den Miet- und Leasingaufwendungen für die verschiedenen Bereiche (Kopierer, EDV, Telefonanlage, Fahrzeuge etc.) konnten gegenüber den Planansätzen Einsparungen in Höhe von insgesamt 34 Tsd. EUR erreicht werden. Die größte nicht regelmäßig anfallende Einzelposition bildet hier die Mittelbereitstellung für die Einrichtung der Lernateliers an der Gemeinschaftsschule für 30 Tsd. EUR.

Die gesamten Bewirtschaftungskosten, die ebenfalls unter die sächlichen Betriebsausgaben fallen, liegen im Jahr 2014 bei insgesamt 770 Tsd. EUR und damit um rund 80 Tsd. unter dem Planansatz. Diese deutliche Einsparung gegenüber dem Planansatz bei dieser Position hat mehrere Ursachen. Einerseits ergibt sich durch eine Änderung der Buchungs- und Abrechnungssystematik der Umsatzsteuer eine Verschiebung der Ausgaben von den Bewirtschaftungskosten zur Ausgabengruppierung der Abgaben und Steuern in Höhe von rund 11 Tsd. EUR. Andererseits tragen die bereits durchgeführten energetischen Sanierungen aber auch die kontinuierliche Fortsetzung energetischer Sanierungsmaßnahmen sowie sparsames Verhalten der Nutzer und der verantwortlichen Bewirtschafter zu dieser erfreulichen Planunterschreitung bei. Gegenüber dem Vorjahreswert von 744 Tsd. EUR ergibt sich eine Erhöhung um 26 Tsd. EUR. Die sich für die Stadt ergebenden Mehrkosten aus der seit 2011 eingeführten gesplitteten Abwassergebührenerhebung für die städtischen Gebäude, Parkplätze und öffentlichen Flächen sind ebenfalls in diesem Betrag der Bewirtschaftungskosten enthalten. Bei den Ausgaben für die Fahrzeughaltung in Höhe von 160 Tsd. EUR konnte ebenfalls eine Einsparung um 17 Tsd. EUR erreicht werden. Auch hier konnten einzelne außerplanmäßige Reparaturen bei Fahrzeugen der Technischen Dienste durch Einsparungen an anderer Stelle komplett aufgefangen werden. Die günstigere Entwicklung des Treibstoffpreises hat ebenfalls zur Einsparung beigetragen.

Der Begriff der verschiedenen Verwaltungs- und Betriebsausgaben erfasst eine sehr große Bandbreite. Hierunter fallen z. B. auch die Aufwendungen für kulturelle Veranstaltungen in Höhe von 68 Tsd. EUR, die um rund 13 Tsd. EUR über dem Planansatz liegen, die Aufwendungen für die Volkshochschuldozenten (54 Tsd. EUR), der Veranstaltungs- und Werbeaufwand im Fremdenverkehrsbereich (12 Tsd. EUR), der Aufwand für die Durchführung des mittelalterlichen Marktes und der Burgen-Vortragsreihe (9 Tsd. EUR), eine weitere Rate für das Info-Sterne-Projekt (26 Tsd. EUR), der gesamte Sachaufwand für die Schulen und Kindergärten, Medienanschaffungen für die Mediathek (26 Tsd. EUR), der Veranstaltungsaufwand der Stadtjugendpflege incl. des Kinderferienprogramms (11 Tsd. EUR), die Städtepartnerschaft (21 Tsd. EUR), die Fortführung des Generalentwässerungsplans (15 Tsd. EUR), Ausgaben für die Straßenbeschilderung (11 Tsd. EUR), die Umsetzung des Radwegekonzepts mit dem neuen Radweg im Flienken/Juch (8 Tsd. EUR), eine weitere Rate von 15 Tsd. EUR für die Durchführung der Flurneuordnung, Aufwendungen für Bebauungspläne und Stadtplanung (55 Tsd. EUR) sowie Ausgaben für Fremdfirmen beim Holzeinschlag im Stadtwald (42 Tsd. EUR)

und Ausgaben für die Schülerbeförderung (40 Tsd. EUR). Die mit der Ausstellung von Personalausweisen und Pässen an die Bundesdruckerei in Berlin abzuführenden Beträge (52 Tsd. EUR), die Aufwendungen für die Durchführung der Gemeinderatswahl (33 Tsd. EUR) und die Sachausgaben für die Durchführung des Winterdienstes mit 40 Tsd. EUR fallen ebenfalls unter diese Ausgabengruppe. Auch hier konnte in Summe eine Einsparung in Höhe von 32 Tsd. EUR gegenüber den Planansätzen erzielt werden. Die günstige Witterung hat allein bei den Ausgaben für den Winterdienst eine Einsparung um 30 Tsd. EUR ermöglicht.

Für Steuern, Versicherungen, Bürobedarf, Telefon, Porto, Reisekosten etc. wurden insgesamt 674 Tsd. EUR aufgewendet. Dies bedeutet gegenüber dem Planansatz ebenfalls eine Unterschreitung in Höhe von 41 Tsd. EUR. Hierfür zeichnet sich ausschließlich die Unterschreitung um 58 Tsd. EUR bei den für unsere Beteiligung an der badenova AG & Co. KG zu bezahlenden Körperschafts- und Kapitalertragsteuern verantwortlich. Im Vorjahr musste bei dieser Position noch eine Ansatzüberschreitung um 66 Tsd. EUR hingenommen werden. Die für diese Beteiligung im Jahr 2014 entstandene Steuerlast betrug dadurch im Jahr 2014 83 Tsd. EUR (im Vorjahr 211 Tsd. EUR). Eine weitere nennenswerte und gleichzeitig nicht vorhersehbare Ansatzunterschreitung in Höhe von 13 Tsd. EUR konnte bei den Erstattungszinsen verbucht werden, die aufgrund von Gewerbesteuererstattungen für zurückliegende Jahre bezahlt werden müssen. Durch diese genannten Einsparungen konnten verschiedene Überschreitungen wie z. B. durch die nicht eingeplante GPA-Prüfung der Bauausgaben (21 Tsd. EUR) oder bei den Ausgaben für die Personalbeschaffung (11 Tsd. EUR) komplett ausgeglichen werden.

Bei den Gesamtausgaben für Erstattungen von Verwaltungs- und Betriebsausgaben in Höhe von 316 Tsd. EUR muss eine Ansatzüberschreitung in Höhe 16 Tsd. EUR verzeichnet werden. Allein die Überschreitung in Höhe von 18 Tsd. EUR für die Erstattungszahlungen an „Bing“ in Höhe von insgesamt 94 Tsd. EUR kann hier als Grund angeführt werden.

Wie bereits auf Seite 12 beschrieben, gleichen sich die inneren Verrechnungen und kalkulatorischen Kosten betragsmäßig in Summe auf der Einnahmen- und Ausgabenseite aus.

Der gesamte Sachaufwand für die Schulen, ist wie oben ausgeführt, in den Ausgabenpositionen Verwaltungs- und Betriebsaufwand enthalten.

Die Entwicklung der Schülerzahlen kann der nachfolgenden Übersicht entnommen werden:

	2011	2012	2013	2014
Zahl der Grundschüler	417	399	376	396
Zahl der Hauptschüler	294	245	221	194
Zahl der Realschüler zzgl. Gesamtschüler	380	387	393	380
Zahl der Schüler Grundschulförderklasse	9	11	14	14
Gesamtzahl der Schüler	1.100	1.042	1.004	984
Entwicklung (2011 = 100)	100	95	91	89
Gesamtausgaben in Tsd. EUR (ohne Schülerbeförderung)	1.313	1.414	1.422	1.451
Entwicklung (2011 = 100)	100	108	108	111

Die Gesamtschülerzahl hat sich im Jahr 2014 gegenüber den Vorjahren nochmals reduziert. Der Rückgang der Gesamtschülerzahl beläuft sich auf 2,0 % gegenüber dem Vorjahr. Gegenüber dem Jahr 2011 ist ein Rückgang von 10,5 % bzw. 116 Schülern zu verzeichnen. Erfreulich ist die Umkehr dieser negativen Entwicklung in der Grundschule. Die prozentuale Entwicklung der Gesamtschülerzahl, jeweils gegenüber dem Vorjahr, kann den nachfolgenden Werten entnommen werden:

2011 - 4,3 %

2012 - 5,3 %

2013 - 3,6 %

2014 - 2,0 %

Die Gesamtausgaben für die Schulen im Verwaltungshaushalt erhöhten sich im Gegenzug auch im Jahr 2014 nochmals gegenüber dem Vorjahr. Bei Betrachtung der Gesamtausgaben in den letzten Jahren ist eine konstante Steigerung zu erkennen. Die Gesamtausgaben stehen jedoch zu einem beträchtlichen Anteil in unmittelbarem Zusammenhang mit den Ausgaben für die Instandsetzung und Sanierung der Schulgebäude. Diese Ausgaben lagen aufgrund der stetigen Durchführung verschiedener Sanierungsaufgaben an den Gebäuden durchweg auf relativ hohem Niveau, fielen im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr jedoch von 173 Tsd. EUR auf 85 Tsd. EUR ab. Bei Betrachtung der Unterhaltsmaßnahmen an den Schulen ist jedoch auch auf die grundlegenden Sanierungsmaßnahmen zu verweisen, die im Vermögenshaushalt abgebildet werden. Im Vermögenshaushalt 2014 wurden für die Abrechnung der Sanierungsmaßnahmen an der Talschule 19 Tsd. EUR (Vorjahr 146 Tsd. EUR) verausgabt und für die Abrechnung der grundlegenden Sanierung der Walther von Klingen Realschule 372 Tsd. EUR (Vorjahr 801 Tsd. EUR) bereitgestellt. Mit dem oben genannten Betrag von 85 Tsd. EUR für die Gebäudeunterhaltung werden jährlich wiederkehrende Arbeiten, wie die Erneuerung von Fußböden in den Klassenzimmern, entsprechende Malerarbeiten sowie laufende Reparaturen im Sanitär- oder Elektrobereich vorgenommen. Diese Arbeiten sind wichtig für die Erhaltung der Gebäudesubstanz an den einzelnen Schulen und tragen zu einem guten Gesamtbild unserer Schulen bei. In den Gesamtausgaben für die Schulen im Jahr 2014 in Höhe von 1.451 Tsd. EUR sind neben den Kosten für die Gebäude und Außenanlagen, den Unterrichtsmaterialien, den Ausstattungsgegenständen selbstverständlich auch sämtliche Energie- und Bewirtschaftungskosten, die Kosten für die Hausmeister und das Schulsekretariat sowie die Kosten für das Mobiliar enthalten. Allein für die Inventaranschaffung und Inventarunterhaltung, insbesondere Mobiliar für die Gemeinschaftsschule, wurde ein Betrag von 56 Tsd. EUR verausgabt.

1.10 Kostenrechnende Einrichtungen

Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der kostenrechnenden Einrichtungen, also der Einrichtungen der Stadt, welche ganz oder teilweise durch Benutzerentgelte finanziert werden, sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Kostenrechnende Einrichtungen	2011	2012	2013	2014
Gesamteinnahmen in Tsd. EUR	5.248	5.592	5.578	5.602
Entwicklung (2011 = 100)	100	107	106	107
Gesamtausgaben in Tsd. EUR	8.506	8.873	8.825	9.693
Entwicklung (2011 = 100)	100	104	104	114
Davon kalkulatorische Kosten	(1.832)	(1.793)	(1.785)	(2.225)
Kostendeckungsgrad in %	61,7	63,0	63,2	57,8

Die Kostendeckungsgrade der einzelnen Einrichtungen nahmen in den letzten Jahren folgenden Verlauf:

	2011	2012	2013	2014
Mediathek	20,5	19,8	19,7	19,8
Asylbewerberwohnheim	73,4	55,1	47,1	39,4
Kindergärten	38,5	48,0	48,9	35,0
Sporthalle Seeboden	4,8	5,4	5,0	5,2
Sporthalle Öflingen	14,6	12,2	12,6	13,2
Frei- und Hallenbad	20,3	19,7	21,4	14,9
Abwasserbeseitigung	101,8	99,2	101,2	111,9
Friedhöfe	97,4	89,2	67,0	79,9
Technische Dienste	100,0	100,0	100,0	100
Stadthalle	35,5	35,1	36,0	38,5
Wohngrundstücke	76,4	54,6	71,0	61,9

Die Kostendeckungsgrade der kostenrechnenden Einrichtungen der Stadt Wehr haben sich bei einigen Einrichtungen positiv, bei einzelnen Einrichtungen aber auch negativ entwickelt. Die Erhöhung des Gesamtdefizits aller kostenrechnenden Einrichtungen gegenüber dem Vorjahr um 844 Tsd. EUR ist ausschließlich durch die Veränderungen bei den Kindergärten/Kinderbetreuung verursacht. Die tiefergehende Betrachtung des Kostendeckungsgrades und der Entwicklung der Kostendeckung bei den Kindergärten/Kinderbetreuung führt noch deutlich drastischere Zahlen vor Augen. Die Gesamtausgaben der Kindergärten stiegen von 2.816 Tsd. EUR im Jahr 2013 auf 3.700 Tsd. EUR im Jahr 2014 an. Dieser Anstieg um 844 Tsd. EUR beinhaltet einerseits eine Zunahme bei den kalkulatorischen Kosten in Höhe von 445 Tsd. EUR, aber auch eine Steigerung der Sach- und Personalkosten um 399 Tsd. EUR. Parallel hierzu gingen die Einnahmen der Kindergärten u. a. aufgrund geringerer Landeszuschüsse in Summe von 1.377 Tsd. EUR im Jahr 2013 auf 1.295 Tsd. EUR im Jahr 2014 zurück. Dies bedeutet im Saldo einen Anstieg des Defizits bei den Kindergärten/Kinderbetreuung von 1.439 Tsd. EUR auf 2.405 Tsd. EUR, also um 966 Tsd. EUR. Diese gravierende Veränderung wirkt sich selbstverständlich auch auf den Gesamtkostendeckungsgrad aller kostenrechnenden Einrichtungen aus. Dieser reduziert sich von 2013 auf 2014 von 63,2 % auf 57,8 %. Um die Entwicklung der übrigen kostenrechnenden Einrichtungen zu beurteilen, haben wir eine Alternativberechnung ohne die Erhöhung des Defizits in den Kindergärten durchgeführt. Diese Alternativberechnung hat zum Ergebnis, dass unter Beibehaltung des Defizits 2013 im Bereich der Kindergärten der Kostendeckungsgrad aller kostenrechnenden Einrichtungen im Jahr 2014 auf 64,2 % ansteigen würde. Dies wäre der höchste Wert in den vergangenen 5 Jahren. Die Verbesserungen und teilweise auch Verschlechterungen der Kostendeckungsgrade bei den sonstigen kostenrechnenden Einrichtungen hängen annähernd ausschließlich mit gesunkenen oder gestiegenen Unterhaltungsaufwendungen zusammen. Eine Ausnahme bildet hier das Frei- und Hallenbad. Hier wirken sich im Jahr 2014 zusätzlich zu gestiegenen Unterhaltungsaufwendungen auch aufgrund der schlechten Witterung gesunkene Eintrittsgebühren in Höhe von 34 Tsd. EUR nachteilig auf den Kostendeckungsgrad aus.

Die so genannten erwirtschafteten kalkulatorischen Kosten stellen in der finanzwirtschaftlichen Rechnung eine bedeutende Rechengröße dar. Die Berechnung ergibt sich anhand des Gesamtkostendeckungsgrades und der insgesamt verbuchten kalkulatorischen Kosten. Die deutliche Erhöhung der kalkulatorischen Kosten gegenüber dem Vorjahr wirkt der Reduzierung des Gesamtkostendeckungsgrades entgegen und ergibt in Summe einen Wert von 1.286 Tsd. EUR. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung der erwirtschafteten kalkulatorischen Kosten von 1.128 Tsd. EUR auf 1.286 Tsd. EUR. Diese Erhöhung beruht jedoch ausschließlich auf einer wesentlichen Zunahme des Kostenblocks und ist daher nicht positiv zu bewerten.

1.11 Zuweisungen und Zuschüsse

Von der Stadt wurden in den Jahren 2011 bis 2014 folgende Zuweisungen und Zuschüsse ausbezahlt:

Zuweisungen und Zuschüsse	2011	2012	2013	2014
Sollausgaben in Tsd. EUR	1.020	1.219	1.192	1.011
Entwicklung (2011 = 100)	100	120	117	99
davon Zuschüsse ZV Kläranlage	920	1.100	1.093	913

Auch im Jahr 2014 entfällt der überwiegende Anteil der Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse auf Zahlungen an den Zweckverband Kläranlage. Die Abwicklung und Verbuchung von Erstattungs- oder Nachzahlungsbeträge an den Zweckverband Kläranlage erfolgt in Abhängigkeit des jeweiligen Zeitpunktes der Feststellung des Jahresabschlusses in der Regel erst im Folgejahr. Zum Beispiel ist in den Zahlungen an den Zweckverband im Jahr 2011 eine Erstattung aus dem Jahresabschluss 2010 des Zweckverbandes in Höhe von 93 Tsd. EUR enthalten. Die Umlagezahlungen des Jahres 2012 in Höhe von 1.100 Tsd. EUR beinhalten eine Rückzahlung in Höhe von 65 Tsd. EUR. In den Umlagezahlungen des Jahres 2013 ist eine Erstattung in Höhe von 110 Tsd. EUR enthalten und in den Umlagezahlungen des Jahres 2014 eine Erstattung in Höhe von 199 Tsd. EUR für das Vorjahr enthalten. Anzuführen ist hierbei, dass

durch verschiedene Optimierungsmaßnahmen in der Kläranlage die Zahlungen an den Zweckverband Kläranlage in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesenkt bzw. über mehrere Jahre relativ konstant gehalten werden konnten. Unter die Ausgabengruppe der Zuweisungen und Zuschüsse fallen auch die jährlichen Zahlungen an die örtlichen Vereine im Rahmen der Vereinsförderung in Höhe von ca. 38 Tsd. EUR, der Zuschuss an den Zweckverband Jugendmusikschule in Höhe von rund 28 Tsd. EUR, der jährliche Zuschuss an die Sozialstation St. Martin in Höhe von 16 Tsd. EUR, der Zuschuss an das Dorfhelperinnenwerk Sölden in Höhe von insgesamt 2 Tsd. EUR, der Zuschuss für das Stadttaxi (7 Tsd. EUR) und die Umlagezahlung an die Gemeindeprüfungsanstalt (7 Tsd. EUR).

1.12 Sonstige Finanzausgaben

Die sonstigen Finanzausgaben sind die letzte Ausgabengruppe des Verwaltungshaushaltes:

Sonstige Finanzausgaben in Tsd. EUR	2011	2012	2013	2014
Zinsen	209	186	153	122
Gewerbesteuerumlage	1.011	1.096	879	1.174
Finanzausgleichsumlage	2.422	2.732	2.987	3.061
Kreisumlage	3.882	4.173	4.325	4.428
Zinsumlage ZV Kläranlage	51	32	24	18
Zuführung an VmH	3.669	2.722	3.142	3.848
Zuführung in % des VwH	13,3	9,7	10,8	12,5
Anteil der Gruppe 8 (ohne Zuführung) am VwH in %	27,5	29,4	28,9	28,6

Die Zinsausgaben konnten im Jahr 2014 durch die laufenden Tilgungen im Jahr 2014 und die Anpassung auslaufender Darlehen an das sehr günstige Zinsniveau nochmals spürbar auf 122 Tsd. EUR gesenkt werden. Die Gewerbesteuerumlagezahlungen an das Land stehen selbstverständlich in unmittelbarer Abhängigkeit zu den vereinnahmten Gewerbesteuerzahlungen im jeweiligen Jahr. Da die Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2014 geringer sind als im Jahr 2013, ist der Anstieg der Umlagezahlung im Vergleich zum Vorjahr durch die Buchungssystematik begründet. Die Abrechnung und Schlusszahlung der Umlagezahlung für das jeweilige Jahr ist immer erst im Folgejahr zu verbuchen.

In den Umlagezahlungen des Jahres 2012 ist eine Nachzahlung für das Jahr 2011 in Höhe von 20 Tsd. EUR enthalten. Die Umlagezahlungen des Jahres 2013 beinhalten eine Erstattung in Höhe von 26 Tsd. EUR. In den Umlagezahlungen des Jahres 2014 ist eine Nachzahlung in Höhe von 157 Tsd. EUR enthalten.

Die Finanzausgleichsumlagezahlungen an das Land und die Kreisumlagezahlung an den Landkreis haben sich im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr nochmals erhöht. Die für diese Umlagezahlungen maßgebliche Steuerkraftsumme basiert jeweils auf den Steuereinnahmen des zweitvorangegangenen Jahres. Die im Jahr 2012 im Vergleich zu 2011 angestiegenen Steuereinnahmen haben somit zu der Erhöhung der Umlagezahlungen geführt. Außerdem werden für die Ermittlung der Umlagezahlungen auch die im zweitvorangegangenen Jahr erhaltenen Schlüsselzuweisungen berücksichtigt. Dieser Wert hat sich gegenüber dem Vorjahreswert leicht reduziert. Der vor allem im Einkommensteuerbereich deutliche Anstieg der Steuereinnahmen von 2011 nach 2012 führt nun im Jahr 2014 zu einer Erhöhung der für die Festsetzung der Finanzausgleichsumlage und der Kreisumlage maßgeblichen Steuerkraftsumme. Die Senkung des Kreisumlagesatzes durch den Kreistag für das Jahr 2014 von 32,69 % auf 32,40 % konnte die weitere Erhöhung unserer Kreisumlagezahlung um über 100 Tsd. EUR nicht vermeiden.

Die an den Zweckverband Kläranlage zu bezahlende Kapitaldienstumlage beinhaltet auch Zinsaufwendungen, die aufgrund gebührenrechtlicher Vorschriften separat zu buchen sind. Dieser Forderung kommen wir durch die getrennte Ausweisung der zu bezahlenden Zinsumlage nach. Die fortschreitende Tilgung und die Anpassung bestehender Darlehen an das günstige Zinsniveau wirken sich kontinuierlich mindernd auf diese Zinszahlungen aus.

Die Zuführung an den Vermögenshaushalt soll einerseits die im Vermögenshaushalt zu

leistenden Tilgungszahlungen der bestehenden Darlehen abdecken und andererseits die Finanzierung von Investitionsmaßnahmen sicherstellen. Die Zuführung an den Vermögenshaushalt im Rechnungsjahr 2014 in Höhe von 3.848 Tsd. EUR bedeutet eine Verbesserung gegenüber dem Planansatz um 1.485 Tsd. EUR. Dieser Zuführungsbetrag des Jahres 2014 stellt einen sehr erfreulichen Wert dar, der in der langjährigen Betrachtung weit über dem Durchschnitt liegt. Dieser relativ hohe Zuführungsbetrag bildet eine wesentliche Grundlage für eine solide Finanzierung des Rekordinvestitionsprogramms im Vermögenshaushalt.

2. VERMÖGENSHAUSHALT

	<u>Haushalts- ansatz</u>	<u>Ergebnis</u>	<u>Mehr (+) Weniger (-)</u>
<u>E i n n a h m e n (in EUR)</u>			
Zuführung vom VwH	2.363.000	3.848.362	+ 1.485.362
Entnahme aus allg. Rücklage	1.860.000	949.477	- 910.523
Rückflüsse von Darlehen	10.800	11.291	+ 491
Einnahmen aus Veräußerungen	100.000	9.136	- 90.864
Beiträge	9.600	0	- 9.600
Investitionszuweisungen	539.600	472.100	- 67.500
Darlehensaufnahme	1.000.000	1.000.000	+ 0
Umschuldung	0	0	+ 0
	<u>5.883.000</u>	<u>6.290.366</u>	<u>+ 407.366</u>
<u>A u s g a b e n (in EUR)</u>			
Zuführung zur allgemeinen Rücklage	0	0	+ 0
Gewährung von Darlehen an Übrige	0	0	+ 0
Beteiligungen	0	0	- 0
Erwerb von Grundstücken	205.300	204.850	- 450
Erwerb von bewegl. Sachen	429.000	447.274	+ 18.274
Baumaßnahmen	4.694.300	5.097.463	+ 403.163
Ordentliche Tilgung	300.000	286.736	- 13.264
Umschuldung	0	0	+ 0
Zuschüsse an Dritte	<u>254.400</u>	<u>254.043</u>	<u>- 357</u>
	<u>5.883.000</u>	<u>6.290.366</u>	<u>+ 407.366</u>

Wie bereits bei den Erläuterungen zum Verwaltungshaushalt dargelegt, bedeutet die deutlich erhöhte Zuführung vom Verwaltungshaushalt die Grundlage für eine solide Finanzierung des außergewöhnlich umfangreichen Investitionsprogramms im Vermögenshaushalt und gleichzeitig ein wesentliches Merkmal für die sehr zufriedenstellende Jahresrechnung 2014.

Die Finanzierung des Vermögenshaushaltes 2014 wird damit zu einem hohen Anteil von 61,2 % durch die Zuführung vom Verwaltungshaushalt sichergestellt.

Unmittelbare Folge dieser verbesserten Finanzierung im Vermögenshaushalt ist die dadurch möglich gewordene Reduzierung der eingeplanten Rücklagenentnahme von 1.860 Tsd. EUR auf 949 Tsd. EUR.

Die Rückflüsse von Darlehen setzen sich aus den ordentlichen Tilgungsleistungen für in Vorjahren erteilte Arbeitgeberdarlehen zusammen.

Bei den Einnahmen aus Veräußerungen konnte lediglich ein Verkaufserlös für den alten nicht mehr einsetzbaren Mäher im Schwimmbad, eines nicht mehr verwendbaren Schneepfluges und eines alten Anhängers in Höhe von insgesamt 9 Tsd. EUR verbucht werden. Es konnten im Jahr 2014 keinerlei städtische Wohn- und auch keine Gewerbebauplätze veräußert werden. Die Erlöse aus den im Baugebiet Große Zelg II verkauften Bauplätzen gehen jeweils zu Gunsten der über den Erschließungsträger vorfinanzierten Grunderwerbs- und Baukostenkonten ein.

Die pauschal für Einzelfälle eingestellten Beitragseinnahmen in Höhe von 10 Tsd. EUR konnten ebenfalls nicht realisiert werden.

Die im Jahr 2014 verbuchten Investitionszuweisungen in Höhe von 472 Tsd. EUR beinhalten eine weitere Zuschussrate des Landes in Höhe von 395 Tsd. EUR für die Sanierungsmaßnahme Bahnhofplatz und ein erster Teilbetrag in Höhe von 58 Tsd. EUR für die Sanierungsmaßnahme Innenstadt/Brennet. Für die Zuschussabrechnung der Maßnahme Anschluss Mitte wurde ein Restbetrag übertragen. Die Abrechnung dieser mehrjährigen Maßnahme soll im Jahr 2015 erfolgen. Den aus dem Vorjahr übertragenen Haushaltsrest für den Tilgungszuschuss des aufgenommenen KFW-Darlehens haben wir nicht weiter übertragen, da eine anderweitige buchhalterische Abwicklung erforderlich ist. Ein erhöhter Tilgungszuschuss von 101 Tsd. EUR konnte Anfang 2015 dem Darlehenskonto gutgeschrieben werden.

Die eingestellte Darlehensermächtigung in Höhe von 1 Mio. EUR wurde aufgrund der guten Liquidität nicht ausgeschöpft. Als Gegenposition für die übertragenen Haushaltssmittel auf der Ausgabenseite wurde die Darlehensermächtigung jedoch in das Haushaltsjahr 2015 übertragen. Im Haushaltsjahr 2014 wurden keine Umschuldungen vorgenommen.

Eine Zuführung zur Allgemeinen Rücklage war im Haushaltsjahr 2014 nicht eingeplant und in der Jahresrechnung auch nicht möglich.

Für den Erwerb von Grundstücken wurden insgesamt 205 Tsd. EUR bereitgestellt. Ein Betrag von 150 Tsd. EUR wurde für den allgemeinen Grunderwerb zur Verfügung gestellt. Unter die Position der Grundstückserwerbe fallen auch die in der Höhe von 55 Tsd. EUR veranschlagten Zahlungsverpflichtungen aus bestehenden Leibrentenverträgen.

Für den Erwerb von beweglichen Sachen wurden im Jahr 2014 insgesamt 447 Tsd. EUR ausgegeben. Die mit Abstand größte Einzelposition bildet mit 180 Tsd. EUR die Anschaffung von neuem Mobiliar und weiteren beweglichen Einrichtungsgegenständen für die Kita Zelg. Die vom Gemeinderat beschlossene außerplanmäßige Anschaffung eines neuen Großflächenmähers für das Freibad bildet mit 41 Tsd. EUR die nächstgrößere Einzelanschaffung. Außerdem wurde für das Frei- und Hallenbad ein Beckensauger für 22 Tsd. EUR planmäßig beschafft. Die neue Einrichtung des Bürgerbüros sowie weitere Inventarergänzungen im Rathaus schlügen mit 54 Tsd. EUR zu Buche. Für die Ergänzung der Software- und Hardwareausstattung im Rathaus wurden 22 Tsd. EUR bereitgestellt. Die Anschaffung eines neuen Rettungssatzes für die Feuerwehr kostete 18 Tsd. EUR, zusätzlich wurden weitere verschiedene Ersatzbeschaffungen für die Feuerwehr in Höhe von 11 Tsd. EUR realisiert. Für neue Gerätschaften der Technischen Dienste wurden 26 Tsd. EUR bereitgestellt. Der überwiegende Anteil hiervon entfällt auf die Anschaffung eines digitalen Aufzeichnungsgerätes sowie Streuer und Schneepflüge für den Winterdienst. Im Bereich der Schulen mit dem Schwerpunkt der EDV- Ausstattung (Medienentwicklungsplan) wurden insgesamt 28 Tsd. EUR verausgabt. Neben der bereits angeführten Anschaffung für die Kita Zelg wurden in die Kindergärten weitere rund 30 Tsd. EUR für den Erwerb beweglicher Vermögensgegenstände investiert. Größte Einzelposition hierunter ist die aufgrund des Umzugs des Kindergartens St. Elisabeth außerplanmäßig angeschaffte mobile Brandschutztreppe am alten Schulgebäude Öflingen.

Die im Jahr 2014 für Baumaßnahmen bereitgestellten Finanzmittel in Höhe von 5.097 Tsd. EUR bewegen sich nicht nur im Vergleich zum Vorjahr (3.028 Tsd. EUR) auf Rekordniveau.

Allein für den Neubau der Kita Zelg und die 1. Rate des Kindergartens St. Elisabeth wurden insgesamt 3.674 Tsd. EUR bereitgestellt. Zusätzlich zu diesen neu begonnenen und teilweise im Jahr 2015 noch fertig zu stellenden Baumaßnahmen konnten im Jahr 2014 auch einige Maßnahmen, die über mehrere Jahre abgewickelt wurden, abgerechnet werden. Bei diesen Abrechnungen mussten mehrheitlich Kostenüberschreitungen gegenüber den verfügbaren Haushaltssmitteln hingenommen werden. Anzuführen sind hier z. B. die umfangreichen

Sanierungsarbeiten am Realschulgebäude. Die im Gemeinderat mit den verschiedenen Ursachen intensiv beratene Kostenüberschreitung belief sich letztendlich auf 172 Tsd. EUR. Insgesamt wurden für diese Maßnahme im Jahr 2014 nochmals 372 Tsd. EUR zur Verfügung gestellt. Der Neubau der Kita Zelg wurde im Jahr 2014 in Rekordzeit durchgeführt. Da während der Bauphase mehrere sinnvolle Ergänzungen und Optimierungen für den späteren Betrieb umgesetzt wurden, ergaben sich bei den Baukosten für das Gebäude Mehrausgaben in Höhe von 141 Tsd. EUR. Hierunter fallen z. B. die elektrische Schließanlage und verschiedene Einbauten in den Gruppenräumen. Außerdem zeigte sich während der Durchführung der Bauarbeiten, dass der Planansatz für die Außenanlagen mit 150 Tsd. EUR deutlich zu gering bemessen war. Allein die Verlegung der bestehenden Nahwärmeleitung und des vorhandenen Fußweges erforderte Kosten in Höhe von annähernd 50 Tsd. EUR. Weitere Zusatzleistungen an den Außenanlagen, die für einen sicheren und optimalen Betrieb erforderlich sind, führten in Summe zu einer Kostenüberschreitung bei dieser Position in Höhe von 63 Tsd. EUR. Im Zusammenhang mit den Außenanlagen ist noch anzufügen, dass die für die Anlegung eines neuen Bolzplatzes neben der Kita Zelg veranschlagte Summe von 50 Tsd. EUR durch die öffentliche Freigabe und Aufwertung des bestehenden Bolzplatzes neben der Sporthalle Seeboden komplett eingespart wurde.

Bei den Bauausgaben für den Anschluss Mitte sind durch verschiedene im Jahr 2014 eingegangene Schlusszahlungen Kostenüberschreitungen in Höhe von insgesamt rund 103 Tsd. EUR angefallen. Hier fehlt jedoch immer noch die Schlussrechnung des Ingenieurbüros. Bei der nun seit dem Jahr 2008 in mehreren Abschnitten durchgeföhrten Baumaßnahme Anschluss Mitte mit Gesamtbaukosten von beinahe 4 Mio. EUR ist die angeführte Kostenüberschreitung von 103 Tsd. EUR (2,6 %) als noch akzeptabel anzusehen. Im Zusammenhang mit der Abrechnung der ebenfalls über mehrere Jahre (seit dem Jahr 2011) in mehreren Bauabschnitten vorgenommenen Sanierungsarbeiten an der Talschule musste eine Kostenüberschreitung in Höhe von 19 Tsd. hingenommen werden. Für den Versammlungsraum in Öflingen fielen nachträgliche Baukosten in Höhe von 12 Tsd. EUR an, die sich jedoch vollständig durch Einsparungen bei der Vorplatzgestaltung ausgleichen ließen.

Die Sanierungsmaßnahme Bahnhofplatz schlägt im Haushaltsjahr 2014 mit insgesamt 710 Tsd. EUR zu Buche. Innerhalb dieser Maßnahme wurde der Anbau des Aufzugs an das Alte Schloss, der Einbau des Bürgerbüros, die Sanierung des Bahnhofgebäudes aber auch der Erwerb des Minimalgebäudes finanziert. Die im Haushaltsjahr noch nicht abgeflossenen Beträge wurden in das Haushaltsjahr 2015 übertragen.

Im Bereich der Straßen- und Kanalerneuerungen wurden die Sanierungen an der Hans-Thoma-Straße und der Konradin-Kreutzer-Straße mit Gesamtkosten von 155 Tsd. EUR innerhalb der Planansätze abgerechnet. In der Hauptstraße wurden Bauarbeiten in Höhe von 93 Tsd. EUR durchgeführt, die jedoch bereits in Vorjahren veranschlagt waren. Ein weiterer Übertrag bestehender Restmittel von 57 Tsd. EUR erfolgte nicht, was letztendlich zu einer Einsparung führte.

Für die weitere Planung und Vorbereitung der Sanierungsmaßnahme Innenstadt/Brennet wurde ein erster Teilbetrag von 96 Tsd. EUR finanziert.

Eine ganze Anzahl weiterer kleinerer Baumaßnahmen runden die Investitionen im baulichen Bereich ab.

Zusätzlich zu den oben aufgeführten Investitionsmaßnahmen ist bei Betrachtung der städtischen Gesamtinvestitionen auch immer die Erschließungsmaßnahme Große Zelg II zu berücksichtigen. Die Erschließungsanlagen des ersten Bauabschnitts dieser über den Erschließungsträger Landesbank Baden- Württemberg Immobilien (Kommunalentwicklung GmbH) vorfinanzierten Infrastrukturmaßnahme wurden im Jahr 2010 fertig gestellt. Aufgrund der starken Nachfrage nach den attraktiven Wohnbauplätzen wurde die Erschließung des zweiten Bauabschnitts im Jahr 2013 intensiviert und bis Ende des Jahres 2013 fertiggestellt. Die dadurch verfügbaren attraktiven Bauplätze des zweiten Bauabschnittes fanden bei Wehrer Bürgerinnen und Bürgern, aber auch bei auswärtigen Bauinteressenten sehr große Nachfrage und breites Kaufinteresse. Neben dem regen Verkauf von Bauplätzen im zweiten Bauabschnitt wurde im Jahr 2014 parallel die Entwicklung des 3. Bauabschnittes vorangetrieben. Die bisherigen Investitionskosten im Baugebiet Große Zelg II, die Verkaufszahlen und die sonstigen Rahmenbedingungen liegen vollständig innerhalb der geplanten Werte. Die Gesamtabwicklung dieser Maßnahme kann bis zum aktuellen Zeitpunkt als durchweg sehr zufriedenstellend gesehen werden.

Durch die ordentliche Tilgung in Höhe von 287 Tsd. EUR konnte die Verschuldung im Haushaltsjahr 2014 entsprechend zurückgeführt werden.

In den Gesamtausgaben für Zuschüsse an Dritte in Höhe von 254 Tsd. EUR ist der Zuschuss an die Bürgerstiftung Wehr für die Umbaumaßnahmen am „Haus Merian“ enthalten. Mit diesem separat beschlossenen Zuschuss unterstreicht der Gemeinderat die Sinnhaftigkeit und Bedeutung dieser Maßnahme für die Seniorinnen und Senioren in unserer Stadt. Der Restbetrag von 4 Tsd. EUR umfasst Investitionszuschüsse an Vereine.

Die Reduzierung des Volumens des Rechnungsergebnisses 2014 des Vermögenshaushalts gegenüber dem Vorjahr widerspricht augenscheinlich der Aussage der Rekordinvestitionen im Jahr 2014. Es ist aber nicht zwingend, dass ein hohes Volumen des Vermögenshaushaltes automatisch eine hohe Investitionstätigkeit bedeutet. Sehr hohe Zuführungen vom Verwaltungshaushalt mit einer entsprechenden Zuführung an die allgemeine Rücklage können ebenfalls das Volumen stark beeinflussen. Dies war im Haushaltsjahr 2011 mit einer Zuführung an die allgemeine Rücklage von 2.195 Tsd. EUR und auch im Vorjahr mit einer Zuführung von 332 Tsd. EUR jeweils der Fall. Das außergewöhnlich hohe Volumen des Vermögenshaushaltes 2013 ist außerdem maßgeblich durch eine vorgenommene Umschuldung in Höhe von 1.230 Tsd. EUR beeinflusst, die sich auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite erhöhend auswirkt. Bei deutlich schlechterer Finanzlage kann auch eine sogenannte negative Zuführung vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt erforderlich sein, die nur über eine Rücklagenentnahme oder erhöhte Darlehensaufnahme finanziert werden kann.

Zählt man beim Rechnungsergebnis 2014 die ausbezahlten Investitionszuschüsse zu den Investitionen hinzu, liegt das Investitionsvolumen 2014 bei über 6 Mio. EUR und lediglich die vorgenommenen Tilgungsleistungen stellen keine Investitionsposition auf der Ausgabenseite dar.

Vermögenshaushalt	2011	2012	2013	2014
Haushaltsvolumen in Tsd. EUR Entwicklung (2011= 100)	4.311 100	4.623 107	6.664 155	6.290 146

Die Bruttoabweichungen (siehe Tabelle unten) müssen ebenfalls detailliert erläutert werden. Die Bruttoabweichungen liegen im Jahr 2014 insgesamt deutlich unter den Vorjahreswerten und sind durchweg als relativ gering einzuschätzen. Die aufgeführten Mehreinnahmen sind annähernd vollständig durch die erfreuliche Erhöhung der Zuführung vom Verwaltungshaushalt in Höhe von 1.485 Tsd. EUR verursacht. Die Summe der Wenigereinnahmen ist maßgeblich durch die geringere Rücklagenentnahme in Höhe von 911 Tsd. EUR begründet. Die nicht realisierten Einnahmen aus Grundstücksverkäufen und die anderweitige Abwicklung des Tilgungszuschusses von der KFW stellen im Wesentlichen die restlichen Mindereinnahmen dar. Bei den Mehrausgaben stellen die bei den einzelnen Investitionsmaßnahmen beschriebenen Kostenüberschreitungen in Höhe von über 500 Tsd. EUR den wesentlichen Anteil dar. Ein weiterer Betrag von rund 140 Tsd. EUR ist durch die buchhalterische Abwicklung begründet, da die Verbuchung der Ausgaben für Straßen- und Kanalerneuerungen jeweils direkt auf Unterkonten erfolgt. Die Wenigerausgaben in Höhe von 338.113 EUR sind ebenfalls in wesentlichen Teilen durch die beschriebene veränderte buchhalterische Abwicklung und durch die bei den Investitionsmaßnahmen dargestellten Einsparungen in Höhe von 107 Tsd. EUR herbeigeführt.

Bruttoabweichungen	2014 in EUR	Abweichungen in % vom Ansatz			
		2011	2012	2013	2014
Mehreinnahmen	1.495.060	233,0	63,2	68,8	25,4
Wenigereinnahmen	1.087.633	48,3	49,8	33,9	18,5
Mehrausgaben	745.480	189,5	22,6	46,4	12,7
Wenigerausgaben	338.113	5,0	9,3	11,5	5,7

Die Finanzierung des Vermögenshaushaltes 2014 ist in der nachfolgenden Tabelle dargestellt. Die tragende Finanzierungssäule des Vermögenshaushaltes 2014 bildet mit einem Anteil von 61,2 % die Zuführung vom Verwaltungshaushalt. Die Rücklagenentnahme und die Übertragung der Darlehensermächtigung sind mit jeweils über 15 % ebenfalls wichtige Finanzierungsblocks des Vermögenshaushaltes 2014. Die Investitionszuweisungen tragen mit einem Anteil von 7,5 % zur Finanzierung bei.

Finanzierung Vermögenshaushalt	2011	2012	2013	2014
Zuführung vom VwH	85,1	58,9	47,2	61,2
Rücklagenentnahme	--	--	--	15,1
Veräußerungserlöse	3,4	8,2	0,7	0,1
Sonstige eigene Mittel	0,2	0,1	0,2	0,2
Beiträge	-7,4	0,2	4,4	0,0
Investitionszuweisungen	7,4	20,5	8,7	7,5
Umschuldung	10,8	12,1	18,5	0,0
Kredite	0,5	--	20,3	15,9

Entwicklung der Kassenlage

Zum 31.12.2014 ist ein Kassenbestand in Höhe von 10.638,49 EUR ausgewiesen. Im Vorjahr bestand ein Kassenbestand von 412.068,16 EUR. Die Liquidität war während des ganzen Jahres gesichert und somit konnte auf die Aufnahme von Kassenkrediten zur Stärkung der Liquidität verzichtet werden. An Kassenkreditzinsen fielen lediglich 2047 EUR an, die jedoch annähernd komplett durch die vorgeschriebene Verzinsung des buchhalterischen Kassenbestandes des Eigenbetriebs Wasserwerk in der Einheitskasse der Stadt Wehr begründet sind. Der Zahlungsverkehr des Wasserwerkes Wehr wird vollständig über die Stadtkasse abgewickelt und wie bereits beschrieben, die jeweiligen Kassenbestände entsprechend der gesetzlichen Vorgaben verzinst. Das Zinsniveau ist im Jahr 2014 weiter abgesunken und befand sich während des gesamten Jahres auf sehr niedrigem Level. Im Jahr 2014 konnten durch das Auslaufen mehrerer langjähriger Festgeldanlagen zu relativ guten Zinssätzen Zinseinnahmen in Höhe von insgesamt 298 Tsd. EUR vereinnahmt werden. Dies ist beim Vergleich mit den Vorjahren ein Ausnahmewert und wird sicherlich auch in naher Zukunft nicht wieder erreicht werden.

Übersicht über die Kasseneinnahmereste

Die Kasseneinnahmereste - die Außenstände der Stadtkasse – zeigen in den Jahren 2011 bis 2014 folgende Entwicklung (siehe auch Seite 195):

Kasseneinnahmereste	2011	2012	2013	2014
Summe der Reste im VwH in EUR	962.812	785.848	730.265	856.680
Reste in % vom Haushaltssoll	3,5	2,8	2,5	2,8
Summe der Reste im VmH in EUR	7.382	4.503	21.567	8.295
Reste in % vom Haushaltssoll	0,2	0,1	0,3	0,1

Die am 31.12.2014 noch nicht beglichenen Forderungen weisen im Verwaltungshaushalt gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg um 127 Tsd. EUR bzw. rund 17 % auf. Diese Erhöhung ist

einerseits durch eine Zunahme von 61 Tsd. EUR der zum Jahresende noch nicht beglichenen Holzrechnungen, andererseits durch eine Zunahme der zum Jahresende noch nicht beglichenen Gewerbesteueraforderungen um 33 Tsd. EUR verursacht. Die Rückstände aus Säumniszuschlägen und Nachzahlungszinsen haben sich um rund 14 Tsd. EUR und die Rückstände aus Bestattungsgebühren haben sich um 12 Tsd. EUR erhöht. Die Ausweitung des Betreuungs- und des Essensangebotes in den Kindergärten trägt ebenfalls zu einer Erhöhung der offenen Forderungen bei.

Im Gegenzug konnten auch eine ganze Anzahl weiterer Zahlungsrückstände aus dem Vorjahr zum Jahresende vermindert werden. Die zum Jahresende noch offenen Beträge aus der Jahresabrechnung für die Abwassergebühren konnten z. B. um 24 Tsd. EUR abgebaut werden. Es ist klares Ziel, diese Rückstände durch geeignete Maßnahmen zukünftig wieder zu reduzieren. Sofern die Zahlungsrückstände zum Jahresende nicht durch Fälligkeiten im neuen Jahr begründet sind, wurden die offenen Forderungen angemahnt bzw. befinden sich im Vollstreckungsverfahren.

Im Vermögenshaushalt sind die offenen Forderungen nur noch von geringem Ausmaß und beinhalten vorwiegend offene Beitragsforderungen, teilweise mit Ratenzahlungsvereinbarungen.

Die Allgemeine Rücklage

Die Allgemeine Rücklage hat sich im Berichtsjahr wie folgt verändert:

Stand der Rücklage am 01.01.2014	EUR	5.933.937,22
Rücklagenentnahme 2014	EUR	-949.476,57
Stand am 31. Dezember 2014	EUR	<u>4.984.460,65</u>

Der Rücklagenbestand zum 31.12.2014 beläuft sich auf 4.984.460,65 EUR. Ein Teil dieses Betrages ist auf einem bereits vor Jahren abgeschlossenen Bausparvertrag einbezahlt. Der gesetzliche Mindestbestand der Rücklage im Jahr 2014 beträgt gem. § 20 Abs. 2 Satz 3 GemHVO 563.797 EUR. Bei der Betrachtung des Rücklagenbestandes ist außerdem darauf hinzuweisen, dass im Jahr 2009 städtische Grundstücke im Baugebiet Große Zieg II an den Erschließungsträger veräußert wurden und zu einer Verbesserung des Rücklagenbestandes geführt haben. Da diese Grundstücke ursprünglich als Einlage in die Gesamtmaßnahme Große Zieg II eingerechnet werden sollten, ist die verfügbare Rücklage um ca. 500 Tsd. EUR zu vermindern, da dieser Betrag gedanklich der Endabrechnung Große Zieg II zugeordnet werden muss. Der nun vorhandene Bestand der allgemeinen Rücklage bestätigt die Finanzpolitik der vergangenen Jahre und bildet die Grundlage für eine solide Finanzausstattung mit der notwendigen Handlungsfähigkeit für die kommenden Jahre.

Das Vermögen der Stadt Wehr

Die Stadt Wehr wendet die Vollvermögensrechnung an, d. h. alle sich im Eigentum der Stadt Wehr befindlichen Vermögenswerte sind in der Vermögensrechnung enthalten.

Die Bilanzsumme der Vermögensrechnung hat sich gegenüber dem Vorjahr um rund 5,0 % erhöht. Diese Erhöhung der Bilanzsumme spiegelt die hohe Investitionstätigkeit der Stadt Wehr wider. Das Sachanlagevermögen erhöhte sich in Summe um rund 3.280 Tsd. EUR. Dies bedeutet, dass die im Jahr 2014 vorgenommenen Investitionen die laufenden Abschreibungen um ca. 3.280 Tsd. EUR übertrafen. Der Rückgang bei den Finanzanlagen des Verwaltungsvermögens bildet den Erlass der Rückzahlungsverpflichtung des Sportschützenvereins ab. Die Erhöhung der Haushaltsausgabestärke um 223 Tsd. EUR bzw. 9,5 % wirkt sich hier auf der Aktivseite aus. Die bestehenden Geldanlagen haben um über 1 Mio. EUR abgenommen. Die Erhöhung der Forderungen um insgesamt 1.009 Tsd. EUR ist ausschließlich durch eine Zunahme der Haushaltseinnahmereste begründet. Insgesamt ergibt sich durch die verschiedenen Erhöhungen eine deutliche Ausweitung der Bilanzsumme um 3.282 Tsd. EUR.

Die Aktivseite hat sich im Einzelnen wie folgt entwickelt (in Tsd. EUR):

	Stand am 31.12.13	Stand am 31.12.14	Veränderung in %
<u>Kostenrechnende Einrichtungen</u>			
Sachanlagen	26.818	28.675	+ 6,92
Finanzanlagen	3.190	3.190	+ 0,0
<u>Verwaltungsvermögen</u>			
Sachanlagen	23.475	24.898	+ 6,1
Finanzanlagen	361	163	- 54,9
<u>Rechnungsabgrenzung</u>			
Haushaltsausgabereste	2.328	2.551	+ 9,5
Geldanlagen	8.216	7.184	- 12,5
Forderungen	<u>1.708</u>	<u>2.717</u>	+ <u>59,0</u>
	<u>66.096</u>	<u>69.378</u>	+ <u>5,0</u>

Die Passivseite setzt sich wie folgt zusammen (in Tsd. EUR):

	Stand 31.12.13	Anteil in %	Stand 31.12.14	Anteil in %	Veränderung in %
<u>Objektbezogenes Deckungskapital</u>					
Beiträge + Zuschüsse	9.929	15,0	9.543	13,7	- 3,9
<u>Eigenkapital</u>					
Deckungskapital	40.217	60,9	42.910	61,8	+ 6,7
<u>Verbindlichkeiten</u>					
Kredite	5.630	8,5	5.343	7,7	- 5,1
Kreditähnл. Rechtsgeschäfte	19	0,0	14	0,0	- 26,3
<u>Rechnungsabgrenzung</u>					
Haushaltseinnahmereste	377	0,6	1.668	2,4	+442,4
<u>Rücklagen</u>					
	5.934	9,0	4.984	7,2	- 16,0
<u>Verbindlichkeiten aus laufender Rechnung</u>					
	<u>3.990</u>	<u>6,0</u>	<u>4.916</u>	<u>7,1</u>	<u>- 23,3</u>
	<u>66.096</u>	<u>100,0</u>	<u>69.378</u>	<u>100,0</u>	+ <u>5,0</u>

Die im Jahr 2014 vereinnahmten Beiträge und Zuschüsse haben die jeweiligen Auflösungen um 386 Tsd. EUR unterschritten. Die Verminderung der Verbindlichkeiten ist vorwiegend durch die laufenden Tilgungsleistungen hervorgerufen. Die Reduzierung der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte, die ausschließlich Leibrentenverträge umfassen, ist prozentual auffällig, betragmäßig aber von weniger Bedeutung. Die offensichtliche Steigerung der Haushaltseinnahmereste um 1.291 Tsd. EUR ist auf der Passivseite einzeln ausgewiesen. Dieser erhebliche Anstieg ist durch die übertragene Darlehensermächtigung sowie durch die Erhöhung der vom Land noch zu erwartenden Investitionszuschüsse ausgelöst. Die bereits beschriebene Rücklagenentnahme bildet sich hier auf der Passivseite der Bilanz ab. Die Zunahme der Verbindlichkeiten aus laufender Rechnung ist überwiegend durch eine Erhöhung der Kassenausgabereste im Vermögenshaushalt und der Haushaltsausgabereste im Verwaltungshaushalt und im Vermögenshaushalt verursacht.

Verschuldung der Stadt Wehr und des Wasserwerks Wehr

Die Verschuldung der Stadt stellt eine wichtige Größe bei der Beurteilung der Finanzsituation dar. Die aktuelle Verschuldung der Stadt Wehr und des Wasserwerks Wehr und die Entwicklung im Jahr 2014 werden deshalb nochmals detailliert dargestellt:

<u>Stadt Wehr</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR je Einwohner</u>
Schuldenstand am 01.01.2014	5.629.789	442
Darlehensaufnahme 2014	0	0
Tilgungen 2014	<u>286.736</u>	<u>23</u>
Schuldenstand 31.12.2014	<u>5.343.053</u>	<u>419</u>

Die Verschuldung der Stadt Wehr konnte im Jahr 2014 durch die nicht vorgenommene Ausschöpfung der eingestellten Darlehensermächtigung und die laufenden Tilgungsleistungen in Höhe von 287 Tsd. EUR um rund 23 EUR je Einwohner vermindert werden. Nachdem es der Stadt Wehr im Jahr 2010 erstmals seit vielen Jahren gelang, den Landesdurchschnitt unserer Gemeindegrößenklasse bei der Verschuldung zu erreichen, liegt der Schuldenstand in Wehr Ende des Jahres 2014 mit 419 EUR je Einwohner um rund 14 % über dem Landesdurchschnitt von 367 EUR je Einwohner. Die Reduzierung der Verschuldung in Wehr im Jahr 2014 ist jedoch unter Beachtung des außergewöhnlich hohen Investitionsvolumens besonders bemerkenswert. Bei dem Vergleich der Verschuldung mit anderen Gemeinden bleibt zusätzlich zu beachten, dass ein realer Vergleich nur bedingt möglich ist. Immer mehr Gemeinden sind in den vergangenen Jahren dazu übergegangen, Schulden durch die Bildung von zusätzlichen Eigenbetrieben und Eigengesellschaften aus dem städtischen Haushalt auszulagern. Dadurch ergibt sich ein uneinheitliches Bild beim Vergleich der Kämmereischulden zwischen den Gemeinden. In diesem Zusammenhang weisen wir auch auf die bestehenden Bürgschaften der Stadt hin, die in früheren Jahren für Lakra-Darlehen von Bauwilligen verpflichtend von der Gemeinde gewährt werden mussten. Bei den Gesamtschulden je Einwohner unter Einbeziehung der Eigenbetriebsschulden liegen wir mit 857 EUR zum Jahresende 2014 deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 1.052 EUR. Dies ist erfreulich, ein Vergleich der Eigenbetriebsschulden unter den oben angeführten Vorzeichen der vermehrten Bildung von Eigengesellschaften (GmbH etc.) jedoch nur bedingt aussagekräftig.

	<u>31.12.13</u>	<u>31.12.14</u>	<u>Veränderung</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>in %</u>
<u>Verschuldung in Baden-Württemberg in EUR je Kopf der Bevölkerung</u>			
Gemeinden mit 10.000 bis 20.000 Einwohner			
Kämmereischulden	371	367	- 1,1
Eigenbetriebsschulden	<u>682</u>	<u>685</u>	<u>+ 0,4</u>
Gesamtschulden	1.053	1.052	- 0,1
Stadt Wehr			
Kämmereischulden	442	419	- 5,2
Eigenbetriebsschulden	<u>468</u>	<u>438</u>	<u>- 6,4</u>
Gesamtschulden	910	857	- 5,8

Wasserwerk Wehr

Die Verschuldung des städtischen Eigenbetriebs Wasserwerk konnte im Jahr 2014 durch die laufenden Tilgungsleistungen in Höhe von 380 Tsd. EUR auf 5.585 Tsd. EUR zurückgeführt werden. Diese merkliche Verminderung der Verschuldung des Eigenbetriebs um 6,4 % ist umso bedeutsamer wenn die landesweiten Vergleichszahlen herangezogen werden, da sich gleichzeitig der durchschnittliche Schuldenstand der Eigenbetriebe in unserer Gemeindegrößenklasse um 0,7 % erhöhte.

Im Zusammenhang mit der Gründung der Stadtwerke im Jahr 2013, die durch eine entsprechende Einlage des Wasserwerks erfolgte, hat die Stadt Wehr das Stammkapital deutlich aufgestockt. Aufgrund des guten Jahresergebnisses 2014 des Wasserwerks konnte die Eigenkapitalquote zum 31.12.2014 auf 27,8 % erhöht werden. Das klare Ziel für die Zukunft des städtischen Eigenbetriebs Wasserwerk bleibt jedoch bestehen, die Darlehensverbindlichkeiten kontinuierlich weiter abzubauen und parallel die erforderlichen Sanierungen am Leitungsnetz durchzuführen. Bei den Schulden des Wasserwerks handelt es sich allerdings um sogenannte „rentierliche Schulden“, da sie grundsätzlich in den kommenden Jahren über Gebühreneinnahmen zu refinanzieren sind.

Ausblick

Nachdem bereits das Vorjahr 2013 mit Gesamtinvestitionen in Höhe von 4,6 Mio. EUR als das bisher investitionsstärkste Haushaltsjahr in die Geschichte der Stadt Wehr einging, wird dies im Haushaltsjahr 2014 mit Rekordinvestitionen in Höhe von über 6 Mio. EUR nochmals erheblich und offensichtlich übertroffen. Im Jahr 2014 konnten mehrere Maßnahmen, die über mehrere Jahre finanziert wurden, wie der Anschluss Mitte oder die Realschulsanierung abgerechnet werden. Zusätzlich wurde mit der Kita Zelg ein neuer strahlender Mosaikstein in dem breiten Dienstleistungsangebot für Familien in der Stadt Wehr geschaffen und zugleich dem Rechtsanspruch für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren Rechnung getragen.

Doch trotz dieses enormen Investitions- und Arbeitspensums im Jahr 2014 haben die Aufgaben für das Jahr 2015 und die folgenden Jahre nicht abgenommen, sondern wurden nochmals zahlreicher, vielfältiger und komplexer. Die Überplanung des Brennet-Areals bedeutet ein herausragend wichtiges Zukunftsprojekt und eine große und wichtige Herausforderung für die Gesamtentwicklung der Stadt Wehr, die auch im Jahr 2014 einen Schritt vorangebracht wurde. Viele weitere Schritte in Abhängigkeit von den Grundstückseigentümern für eine Stärkung der Innenstadt in diesem zentralen Bereich sind in den kommenden Jahren noch notwendig. Verwaltung, Gemeinderat, Grundstückseigentümer, Einzelhandel und Planer werden sich intensiv damit beschäftigen, um ein zukunftsfähiges und realisierbares Konzept für die zukünftige Gestaltung des Innenstadtbereiches zwischen Hauptstraße und Wehra bis hin zur Todtmooser Straße zu erarbeiten. Nach heutigem Stand ist davon auszugehen, dass eine Umsetzung neben zu beantragenden Landeszuschüssen auch erhebliche städtische Finanzmittel erfordern wird. Mit einer Neugestaltung dieser Flächen kann ein neues Zusammenwirken zwischen Handel, Gewerbe und Wohnen geschaffen werden. Es können daraus neue Anreize für die Bewohner und die Besucher unserer Stadt entwickelt werden. Das sich daraus ableitende Hauptziel und die Maxime für Wehr muss es deshalb sein, die Stadt Wehr für die Wehrer Bürgerinnen und Bürger, die bestehenden Gewerbebetriebe, aber auch als Standort in der Region für potentielle Neubürger und ansiedlungswillige Firmen als Wohn- und Gewerbestandort attraktiv auszubauen. Zugleich wurde mit dem Wohngebiet „Große Zelg II“, dessen Teile 2 und 3 im Jahr 2014 entwickelt wurden, attraktiver Wohnraum für Familien aus der Stadt aber auch für Zuzüge geschaffen. Die weichen Standortfaktoren Bildung, Erziehung und Kultur sind in diesem Zusammenspiel ebenfalls wichtige Argumente und bedeutende Komponenten um die Anziehungskraft der Stadt Wehr zu erhalten und zu steigern. Gerade in diese Bereiche, Erziehung und Bildung, hat die Stadt Wehr erhebliche finanzielle Mittel investiert. Die Kita Zelg ist schon seit Monaten in Voll-Betrieb und die Gemeinschaftsschule auf der Zelg hat zum Schuljahr 2014/15 ihren neuen Betrieb aufgenommen. Mit der Fertigstellung des neuen Kindergartens St. Elisabeth wird auch in Öflingen eine weitere vorbildliche Kinderbetreuungseinrichtung in Betrieb gehen. Diese Investitionen belegen, wie hoch die Stadt Wehr den Stellenwert dieser Bildungseinrichtungen ansetzt, die gleichzeitig Standortfaktoren sind und für die Bürgerinnen und Bürger elementar wichtige Infrastruktureinrichtungen darstellen. Das derzeit hochaktuelle Thema

der Flüchtlingsunterbringung wurde von der Verwaltung frühzeitig erkannt und gemeinsam mit dem Landkreis Waldshut mit dem Bau der Gemeinschaftsunterkunft im Gewann Egerten eine für beide Seiten akzeptable und sinnvolle Lösung gefunden. Die Gemeinschaftsunterkunft wird im Dezember 2015 für die Flüchtlinge zur Verfügung stehen. Es ist jedoch allen Beteiligten klar, dass allein mit der Schaffung der Gemeinschaftsunterkunft nur ein geringer Anteil, der in den kommenden Monaten und Jahren auf die Stadt Wehr zukommenden Aufgaben aufgefangen wurde. Erfreulich ist die große Hilfsbereitschaft in der Wehrer Bevölkerung, die Mut macht, dass auch diese schwierige und vielschichtige Aufgabe gemeinsam gelöst werden kann.

Es ist sicher allen Beteiligten klar, dass die genannten und zusätzlich in Zukunft anstehenden Maßnahmen erhebliche Finanzmittel erfordern. Mit einem Rücklagenbestand in Höhe von rund 5,0 Mio. EUR bei einem Schuldenstand von ca. 5,3 Mio. EUR zum Ende des Jahres 2014 ist aktuell ein solider finanzieller Sachstand gegeben. De facto ist die Stadt somit am Ende des Jahres 2014 also nahezu schuldenfrei. Der Blick auf die anstehenden Investitionen und die stetig steigenden laufenden Kosten (u.a. Personalkosten Kinderbetreuung!) zeigt jedoch eindeutig, dass die Rücklagen sehr schnell aufgezehrt sein werden und für die Umsetzung der geplanten Investitionen bei Weitem nicht ausreichen werden. Es ist deshalb von oberster Priorität, die vorhandenen Finanzmittel sachgerecht und zielgerichtet mit der höchstmöglichen Effektivität einzusetzen. Die Folgekosten müssen deshalb bei einer sachgerechten Entscheidungsfindung stets einbezogen werden. Bei Berücksichtigung all dieser Gesichtspunkte und einer vernünftigen und rationalen Abwägung werden Verwaltung und Gemeinderat gemeinsam auch die Herausforderungen der kommenden Jahre meistern und die richtigen Entscheidungen für die Weiterentwicklung der Stadt Wehr treffen. Die Schwierigkeit dieser Entscheidungen wird aufgrund zu erwartender deutlich knapper werdender Finanzressourcen erheblich ansteigen. In diesem Zusammenhang darf jedoch auf die durchaus achtbaren Ergebnisse der Vergangenheit verwiesen werden. Durch sachgerechte Entscheidungen stehen derzeit zwei attraktive Wohngebiete für Bauwillige aller Altersklassen zur Verfügung. Die Einrichtungen der Stadt Wehr befinden sich in gutem und geordnetem Zustand und werden weiter ausgebaut. Führen wir uns hierbei z.B. die vorbildliche Ausstattung und das breit gefächerte Angebot an den Kindergärten, den nach den umfangreichen Sanierungen an der Talschule II und der Realschule mit dem neuen Angebot der Gemeinschaftsschule guten Standard unserer Schulen, das sanierte Frei- und Hallenbad, die hervorragenden Sportmöglichkeiten mit dem Frankenmattstadion und dem Kunstrasenplatz oder das breite kulturelle und touristische Angebot u. a. mit interessanten Wanderangeboten vor Augen. Das Dienstleistungsangebot insbesondere in den Bereichen Bildung, Erziehung und Freizeit wurde, wie beschrieben, auch im Jahr 2014 signifikant ausgebaut und liegt mit seiner Vielseitigkeit und Qualität, verglichen mit anderen Kommunen unserer Größenordnung, auf einem weit überdurchschnittlichen Niveau.

Verwaltung und Gemeinderat werden aber auch in Zukunft alles daran setzen, die vorhandenen Ressourcen optimal einzubringen und auch zukünftig die richtigen Entscheidungen für die weitere Entwicklung der Stadt Wehr und damit zum Wohl der Wehrer Bürgerinnen und Bürger zu treffen.